

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 1 vom 6. Januar 1984

18. Jahrgang

1 DM

Aufschwung- lüge

Da ist er also, prompt zum Jahreswechsel. Der Silberstreif, das Dämmerlicht, der Ausblick — geradezu poetische Beschreibungen benutzen die bürgerlichen Nachrichtenmacher im Gefolge der Bonner Regierung, wenn sie in diesen Tagen die wirtschaftlichen Aussichten beurteilen.

Allen voran der Sachverständigenrat, der sich noch nie gescheut hat, jedes Jahr für teures Geld ein falsches Gutachten vorzulegen — denn eingetroffen sind seine Voraussagen noch nie.

Aber natürlich erst recht die Regierung, die in dieser Entwicklung selbstverständlichsterweise eine Bestätigung ihrer Politik sieht, wie auch nicht.

Nur kommen die Herren um ein paar Tatsachen schlecht herum, die ins Auge springen, die sie zwar verzweifelt versuchen, zu übersehen, was ihnen aber nicht gelingt.

Zwei vor allem. Zum einen ist es wenig zweifelhaft, daß erst einmal, Aufschwung hin oder her, die Zahl der Arbeitslosen weiter zugenommen hat. Und daß die Zahl der Sozialhilfeempfänger durch diese Politik immer größer wird — und so weiter, und so fort.

Und zum anderen ist es ebenso deutlich, daß es diesen Aufschwung nach eigener Theorie der CDU eigentlich gar nicht geben dürfte. Denn sie hatte ja stets am stärksten vertreten, daß Gewinne dafür die Voraussetzungen seien, daß erst dann investiert würde usw.

Nun wurde zwar mehr verkauft zum Jahresende als im letzten Jahr, aber daß übers Jahr hinweg mehr Investitionen getätigt worden seien (außer Rationalisierungsinvestitionen die weitere Entlassungen nach sich ziehen) kann man kaum ernsthaft behaupten. Hauptgrund für verstärkten Umsatz war, laut Bundesamt für Statistik denn auch eindeutig das Absinken der Sparquote: Kurz, die Konten wurden geplündert, was nun keiner als dauerhafte Lösung zur Beseitigung der Überproduktion bezeichnen kann.

1984 jedenfalls wird es einen Aufschwung für die arbeitenden Menschen nur geben, nicht, wenn die Reichen noch reicher werden, sondern im Klassenkampf gegen die Kapitalisten und ihre Politiker.

Muß Flick zurückzahlen?

Schmierskandal soll bereinigt werden

... und Westen gesäubert

Jetzt muß Flick zurückzahlen! Muß Flick jetzt zurückzahlen? Es war zu spät! War es zu spät? Hin und her ging es die letzten Tage. Nahezu peinlich die Krampfhaftigkeit, mit der versucht wurde, der ganzen Sache einen sozusagen normalen Anstrich zu geben — normal natürlich nicht in dem Sinne, daß Bestechungen an der Tagesordnung sind, sondern in dem Sinne, daß man eben jetzt erst urteilen könne, jetzt erst sehen könne, daß Flick eben die Ministerialen übertölpelt hätte. Sicher: Flick soll zurückzahlen. Mit Zins und Zinseszins. Und dabei geht es um eine weit größere Summe als die stets gehandelten 450 Millionen Mark. Aber der Kern der Sache ist ein anderer.

Wirtschafts- und Finanzministerium nehmen für ihre „Saubermann“-Kampagne an sich selbst sogar in Kauf, für blöde und schwerhörig beurteilt zu werden. Denn selbst aus den bisher veröffentlichten Aktenstücken geht hervor, daß der Steuerspartrick von Flick von Anfang an für jedermann durchschaubar war. Und darüber hinaus gab es schon damals eine Reihe von Stimmen, beileibe nicht nur der Kommunisten, die darauf hinwiesen, daß hier ein Betrugsversuch unternommen wird — zu einer Zeit, als die Hintergründe von Korruption noch längst nicht ersichtlich waren. Der SPD-Abgeordnete Spöri beispielsweise machte sich damals mit einer solchen Haltung nicht nur im Bundestag sondern auch in der eigenen Fraktion unbeliebt, im Parlament blieb er ziemlich alleine.

Das Argument, die Zustellung des Bescheids an Flick sei termingerecht erfolgt, da man erst im Januar letzten Jahres entsprechende Tatsachen in Erfahrung gebracht habe, ist eben-

so wirkungslos wie verlogen. Zu jenem Zeitpunkt waren schon längst nicht nur Flicks Trick, sondern auch seine Maßnahmen, mit denen er ihn durchführte, ans Licht der Öffentlichkeit gelangt. Es bleibt durchsichtig, daß man zu jener Zeit einfach deshalb nichts unter-

als der noch so teure Rock...

Alles das kann die Tatsache nicht verbergen, daß der Schmierskandal Flick so deutlich gemacht hat wie noch nie zuvor in der BRD, daß hierzulande die Reichen eben auch die Mächtigen sind: Notfalls indem sie sich die gewünschten politi-



Millionen zurück in die Steuerkasse?

nehmen wollte, weil man in Bonn der Meinung war, diese Sache sei auch anders zu übersehen (mit einer Hetzkampagne gegen Staatsanwälte und gegen Presseorgane, die die Sache veröffentlicht hatten, beispielsweise) — das gelang nicht, die öffentliche Erregung wuchs. Man mußte etwas tun, und offensichtlich sitzt auch einem Wirtschaftsgrafen das Hemd näher

schen Entscheidungen kaufen. Für einen angeblich nur seinem Gewissen verpflichteten Bundestagsabgeordneten ist oft genug ein dicker Geldbeutel ein sanftes Ruhekitzen.

Ähnliche Beispiele gab es ja in der jüngsten Zeit sowohl in den USA und England als auch sehr eindeutig in Japan, mit der von der Großindustrie bezahlten Privatkandidatur des kor-

Was steckt hinter dem UNESCO-Austritt der USA?

Der Einfluß auf die Weltmeinung ist umkämpft

Propagandamonopol der kapitalistischen
Medien soll erhalten werden

Mit viel Trara haben die USA ihren Austritt aus der UNO-Unterorganisation für Kultur UNESCO angekündigt. Dies ist der bisherige Höhepunkt einer Anti-UNO-Kampagne, deren Schwerpunkt in letzter Zeit eindeutig auf der Hetze gegen UNESCO lag.

Die Hauptfrage, um die es dabei im konkreten geht, ist das Informationsmonopol der nordamerikanischen und westeuropäischen Presseagenturen, die 4/5 aller Weltmeldungen „verkaufen“.

Im Jahre 1977 schlugen deshalb eine Reihe, vor allem afrikanische, Regierungen vor, ein eigenes, davon unabhängiges Kommunikationsnetz der sogenannten dritten Welt aufzubauen,

en, für das auch einige Kriterien ausgearbeitet wurden.

Nun wird niemand, der diese Kriterien kennt, ohne weiteres behaupten wollen, daß sie besonders fortschrittlich oder demokratisch seien — die Möglichkeiten von Zensurbestimmungen sind da tatsächlich enthalten. Was natürlich damit zusammenhängt, daß ein Großteil dieser Regierungen, die als Mitautoren des Vorschlags arbeit-

ten, keineswegs eine „weiße Weste“ haben. Und genau darauf reitet die Reagan-Regierung herum, lebhaft unterstützt von der liberalen amerikanischen Presse.

Der Gründe dafür gibt es mehrere. Einmal liegt auch bei den großen amerikanischen Zeitungen, oft genug als besonders kritisch dargestellt, das Ende des „Liberalismus“ dort, wo der Dollar anfängt, und neue Nachrichtenagenturen auf breiter organisatorischer Basis könnten eine Konkurrenz werden.

Der andere Grund liegt natürlich im Propagandamonopol. Wenn beispielsweise festge-

rungen Tanaka.

Was deutlich zeigt, daß dieses parlamentarische System im Dienste der Kapitalisten steht, und erneut ein Argument ist für seine Ersetzung durch ein System der Arbeitermacht, einen Staat, in dem die Kapitalisten und ihre Politiker wirtschaftlich und politisch entmacht sind, einen sozialistischen Rätestaat.

Was nun allerdings keines-

4 Jahre danach:

Kein Ende der Besetzung Afghanistans abzusehen

Vier Jahre ist es nun her, daß Truppen der UdSSR in Afghanistan einmarschierten, angeblich um eine Volksrevolution gegen die Reaktion oder den US-Imperialismus zu schützen. Wahlweise wurde auch die eigene Sicherheit als Begründung für den Einmarsch angeführt, was jedoch nicht besonders gut ankam, da ein solches Argument zu sehr von US-Überfällen her bekannt ist — deshalb wurde dies in letzter Zeit weniger behauptet.

Was ist heute, vier Jahre nach dem Einmarsch zu sagen? Erfolgreich in dem Sinne, daß er den vorhandenen breiten Widerstand hätte beseitigen können, war er sicherlich nicht. Ein echter Volkswiderstand kann sich auf der anderen Seite offensichtlich durch den starken Einfluß extrem reaktionärer Kräfte in der afghanischen Widerstandsbewegung nur sehr schwer entwickeln. Bleibt eine komplizierte, vielschichtige Lage, die durch den sowjetischen Überfall hervorgerufen wurde.

Verteidigung einer Volksrevolution? Zwei Dinge sind es, die da sofort und am deutlichsten dagegen sprechen. Die Geschichte der sogenannten Demokratischen Volkspartei Afghanistans, die nicht nur ein Kampf von Fraktionen war, der zu einem reinen Machtkampf degenerierte, sondern auch immer wieder zur Mitarbeit der verschiedenen Fraktionen bei den reaktionären Regimes. Die DVA ist keineswegs eine Partei, die sich im Laufe ihrer Existenz als grundsätzliche, revolutionäre Opposition profiliert hätte.

Zum zweiten spricht auch die Interpretation des Umstur-

wegs bedeuten soll, sich etwa damit abzufinden, etwa unter der Aussage „was soll's, ist doch eben alltäglich im Kapitalismus“. Nein, im Gegenteil — dieser Skandal darf nicht in aller Ruhe und auch nicht im Laufe der Zeit in aller Stille beigelegt werden, worauf die Regierung offensichtlich immer noch pokert. Leute wie Lambsdorff und Flick müssen vor Gericht.

zes im April 1978 durch die Partei selbst gegen die These einer Volksrevolution, die es zu schützen gelte. In den Parteidokumenten wird ausdrücklich bestätigt, daß diese Partei sich „aufgrund der besonderen Bedingungen“ darauf beschränkt habe, in der Armee zu arbeiten und nicht unter dem Volk — eine klassische Putschistenthese, keinesfalls „revolutionär“. Daß der heute in Kabul als Regierungschef amtierende Babrak Karmal noch im Jahr vor seiner Einsetzung durch sowjetische Truppen auf einem DKP-Kongreß als Trotzkist bezeichnet wurde, ist eine Peinlichkeit, die Herbert Mies und seine Mannen stets gerne vergessen hätten. Nein, eine Volksrevolution war das nicht und konnte es auch nicht werden. Aber ein Putsch in einem Land, in dem die UdSSR nicht nur (entgegen der Behauptung mancher Linker) bestimmte wirtschaftliche Interessen hatte, sondern auch ein Land von strategischer Bedeutung — wenn man imperialistische Politik machen will. Denn um eine solche handelt es sich und keinesfalls um eine neue, seltsame Variante des „Revolutionsexports“.

halten ist, daß alle Meldungen aus dem Libanon entweder von zwei großen amerikanischen oder zwei großen westeuropäischen Nachrichtenagenturen kommen, so liegt der Verdacht nahe, daß wenn eine internationale arabische Agentur hier arbeiten würde (um ein Beispiel zu nehmen) auch andere Meldungen nach Europa (und den USA) dringen würden als die üblichen bisherigen...

Deshalb geht der Streit seit 1977 und er hat sich in letzter Zeit verschärft nicht zuletzt anhand der Berichterstattung der Agenturen über den verbrecherischen Überfall der USA auf Grenada.

Schon einmal, 1977—80 wa-

ren die USA aus einer UNO-Unterorganisation, der Arbeitsorganisation IAO, ausgetreten. Sie diktierten Bedingungen für ihren Wiedereintritt — so wollen sie es auch diesmal halten. Denn der Kern der ganzen Sache liegt in der Entwicklung begründet, daß die UNO, vor allem durch die ganzen Entwicklungen in Asien, Afrika und Lateinamerika eben nicht mehr ein Spielball der USA ist wie noch in den 50er Jahren — und so wollen sie es wieder haben, so etwa wie in der NATO, wo sie das alleinige Sagen haben, die anderen höchstens mitbestimmen dürfen. Deshalb könnte man der UNESCO eigentlich nur den Rat geben, Reisende nicht aufzuhalten...

1. Plenum des Zentralkomitees der KPD

Kommuniqué

Am 17./18. Dezember 83 traf sich das auf dem V. Parteitag neugewählte Zentralkomitee der KPD zu seiner ersten konstituierenden Sitzung.

Es wurde ein neues Politisches Büro des Zentralkomitees gewählt, dem neben dem Vorsitzenden der Partei sechs weitere Mitglieder des Zentralkomitees angehören.

Anhand der Erfahrungen aus der Tätigkeit des letzten Zentralkomitees wurde eine veränderte Struktur der Zentrale der Partei beschlossen. Es wurde kein neues Sekretariat des Zentralkomitees gewählt. Der V. Parteitag hatte durch eine Satzungsänderung dafür die Voraussetzungen geschaffen. Vom Zentralkomitee wurde neu ein Organisationsbüro bestimmt. Diese Änderungen sollen einerseits die Rolle des Politbüros bei der unmittelbaren politischen Führung der Partei stärken, andererseits die Organisationsarbeit der Parteizentrale wirksamer gestalten.

Das Zentralkomitee beriet und verabschiedete den Finanzplan 1984. Die Partei ist finanziell in einer äußerst schwierigen Situation. Der zentrale Haushaltsplan für das Jahr 1984 sieht umfangreiche Einsparungen vor. Dennoch bedarf es großer Anstrengungen der gesamten Partei, um die Durchführung des beschlossenen Finanzplans sicherzustellen.

Es wurde darüber diskutiert und beschlossen, wie eine Reihe von Aufgaben, die der V. Parteitag an das neue Zentralkomitee delegiert hat, bearbeitet werden können.

Das Zentralkomitee benannte die Vertreter der Bundesrepublik und Westberlins für den Nationalen Ausschuss der KPD und schlug den Genossen Ernst Aust als Vorsitzenden des Nationalen Ausschusses vor. Nachdem der V. Parteitag die Aufgabe der bisherigen Struktur einer in drei Sektionen (DDR, Westberlin, BRD) untergliederten KPD für ganz Deutschland beschlossen hat, ist der Nationale Ausschuss nun ein gemeinsames Gremium der KPD in der DDR und der KPD in der BRD/Westberlin.

Als politisches Schwerpunktthema diskutierte das Zentralkomitee den Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Ausgehend von der Feststellung des V. Parteitages, daß das bisherige Eingreifen der Partei unzureichend war, beschloß das Zentralkomitee, daß die Landesbezirksleitungen in Absprache mit den örtlichen Parteileitungen Schulungen zur Bedeutung des Kampfes für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und den Aufgaben der Partei organisieren sollen. Diese Schulungen sollen sich ausdrücklich nicht nur an die betrieblichen Parteizellen, sondern auch an die Wohngebietszellen richten.

Das Zentralkomitee erörterte ausführlicher den Diskussionsstand in den Belegschaften und kam zu der Schlußfolgerung, daß es dringend notwendig ist, energischer und systematischer als bisher der massiven Unternehmerpropaganda entgegenzutreten. Beschlossen wurde die Herausgabe einer Flugblattreihe zur Widerlegung der wichtigsten Unternehmerargumente gegen die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Zusätzlich sollen besondere, die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche begründende Flugblätter für Arbeitslose, Frauen und ausländische Arbeiter herausgegeben werden.

Das Zentralkomitee beschloß weiterhin Initiativen der Partei zur Verdeutlichung der politischen Bedeutung des Kampfes für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich vor allem im Hinblick auf den Kampf gegen Reaktion und Faschismus.

Das Zentralkomitee diskutierte die Notwendigkeit, die von den Unternehmern bereits angekündigte Absicht, Streiks für die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit mit Aussperrung zu beantworten, schon im Vorfeld des zu erwartenden Arbeitskampfes als antidemokratischen Angriff auf das Streikrecht anzuprangern und verstärkt für das gesetzliche Verbot der Aussperrung aktiv zu werden.

Im Hinblick auf die bevorstehende gemeinsame Sitzung der Zentralkomitees von BWK und KPD wurden abschließend Probleme des Kampfes um die Einheit der revolutionären Sozialisten diskutiert, Möglichkeiten des gemeinsamen Vorgehens erörtert.

Neue Roter-Morgen-Rubrik: NACHGEFRAGT

Was ist eigentlich . . . : Eigenkapital?

In unregelmäßiger Folge wollen wir in dieser neuen Rubrik aktuelle politische Begriffe, Schlagworte, erläutern. Gerade die Phrase vom „Eigenkapital“, an dem es den westdeutschen Kapitalisten mangelte, hatte in den verschiedensten Reden der Bonner Politiker in der letzten Zeit, sei es anlässlich der Haushaltsdebatte oder der Ansprachen zur Jahreswende wieder Hochkonjunktur. Ein Begriff also, mit dem ganz massiv Propaganda und Politik gemacht wird. Deshalb wollen wir diesen Begriff in den beiden ersten Folgen unserer neuen Rubrik etwas genauer erläutern.

Die offizielle Statistik weist in der Tat einen kontinuierlichen Rückgang des Eigenkapitalanteils der großen Aktiengesellschaften (der publizitätspflichtigen Betriebe) aus. Von Ende 1969 bis Ende 1981 sank der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital von 30,4 auf ganze 25,7 Prozent.

Also: Die westdeutschen Aktiengesellschaften tätigen nach dieser Statistik ihre Geschäfte — wofür sie nur ein rundes Viertel des nötigen Geldes selbst besitzen. Sollte dies stimmen, so wäre dies in der Tat nicht nur eine Schuldenwirtschaft ohne gleichen, sondern auch eine endlich geglückte Widerlegung des Marxismus. Denn die Marxisten hatten ja stets behauptet, daß im Kapitalismus Wirtschaftskrisen nicht durch Kapitalmangel hervorgerufen würden, sondern durch Kapitalüberschuß, durch Überproduktion.

Um hinter die Kulissen schauen zu können, muß man zweierlei wissen. Zum einen ist die offizielle bundesdeutsche Statistik über die Aktiengesellschaften nichts anderes als die Zusammenfassung der von diesen AGs veröffentlichten Bilanzen — denen selbst bürgerliche Wirtschaftsjournalisten oft genug Manipulation nachgewiesen haben. Zum anderen muß man das System dieser Bilanzen einmal genauer betrachten. Dabei wollen wir uns in der heutigen Folge auf die Passivseite der Bilanz beschränken, um uns in der nächsten Ausgabe des „Roten Morgen“ mit der Aktivseite zu befassen.

Die „Passiva“ sind zunächst einmal der Teil der Bilanz, der am direktesten mit der Frage nach dem Eigenkapital verbunden ist. Denn die Passivseite der Bilanz gibt Auskunft über die Herkunft des Kapitals einer AG (bzw. auch, nach den neuen Publizitätspflichten, einer GmbH) und — angeblich — auch über seine tatsächliche Höhe (wo jedoch neben dem Profit am meisten gelogen wird).

In der bürgerlichen Statistik, bzw. im Bilanzwesen wird dabei eben unterschieden zwischen Eigenkapital, also solches, über das der Eigentümer total verfügen kann und über Fremdkapital, für das Zinsen zu bezahlen sind usw.

Die Einteilung ist dabei ebenso einfach wie falsch: Als Eigenkapital wird die Summe des Grundkapitals (also die Summe des Nennwertes aller Aktien einer AG) plus der „offenen Rücklagen“ (was offiziell zur künftigen eigenen Verfügung zurückgestellt wurde) bezeichnet.

Als Fremdkapital wird die Summe der Rückstellungen, des Postens mit Rücklagenanteil sowie der langfristigen und kurzfristigen Verbindlichkeiten gekennzeichnet.

Und eben darin liegt der Trick. Die Bestimmung des Fremdkapitals in der Passivbilanz eines Unternehmens läßt genügend Platz, um große Teile des Kapitals, über das in Wirk-

lichkeit das Unternehmen selbst verfügt, als — unter anderem (weitgehend) steuerfreies — Fremdkapital auszuweisen.

Wobei es natürlich noch zu erwähnen ist, daß ein großer Teil des Eigenkapitals aus den Aktien der völlig machtlosen (und oft genug mit geringer Dividende abgespeisten) Kleinaktionären besteht. Aber welche Teile des Kapitals können nun als Fremdkapital erklärt werden?

Die Hälfte der ausgewiesenen Rückstellungen machen die sogenannten Pensionsrückstellungen aus — wie wenig „fremdes Kapital“ —, das hat vor einiger Zeit der AEG-Konzern „seinen Mitarbeitern“ drastisch bewiesen. Die „Anleihen“ bei diesen Kassen, für die Zinsen bezahlt werden müssen, geschehen — ausnahmslos — bei eigens für die Pensionskassen geschaffenen Tochterunternehmen . . .

Außerdem basieren die gesamten Rückstellungen auf Prognosen, die sich der Vorstand selbst macht. Auf Vermutungen wird da zurückgestellt für: Garantieverpflichtungen, eventuelle Preissteigerungen, Prozeßkosten, Steuern, Risiken aus Kursschwankungen gegenüber ausländischen Währungen, und so weiter und so fort.

Dieser Teil „Rückstellungen“ wuchs im selben Zeitraum 69 bis 81 von 13,2 auf 23,5 Prozent der gesamten Kapitalsumme. Faustregel dabei: bei den größten Konzernen ist der Anteil der Rückstellungen am Gesamtkapital am größten. Bei Siemens etwa Ende 82 über 33 Prozent des bilanzierten Gesamtkapitals (also angebliches Fremd- plus Eigenkapital), bei der VW AG sogar über 44 Prozent und beim Rekordhalter Robert Bosch GmbH sogar 50,7 Prozent.

Rechnet man so herum, zählt man die Rückstellungen

und die sogenannten Posten mit Rücklagenanteil zum Eigenkapital hinzu, wie es ehrlicherweise geschehen müßte, so ergibt sich für den genannten Zeitraum von Ende 69 bis Ende 81 ein wesentlich anderes Bild. Der Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital wuchs dann von damals über 45 Prozent auf dann über 53 Prozent.

Bleibt noch der Anteil der Verbindlichkeiten. Der stieg zunächst einmal im stets genannten Zeitraum von über 40 auf fast 45 Prozent (wobei er zwischendurch noch höher lag). Dabei bleiben aber auch noch einige Tatsachen zu nennen. Zugewonnen haben die kurzfristigen Verbindlichkeiten für schnelle Disposition usw. — ein eindeutiges Anzeichen krisenhafter Entwicklung, wenn die langfristigen Schulden, für Investitionen usw. abnehmen, wie es geschah. Dabei waren in diesen 12 Jahren immerhin 20 Prozent aller aufgenommenen und ausgewiesenen Kredite solche, die von Tochterfirmen an die jeweilige Zentrale gegeben wurden. Dies so berechnet, als eine verkappte Form der Eigenfinanzierung würde nach der amtlichen Statistik den Eigenkapitalanteil weiter erhöhen: Denn Ende 81 waren 14,2 Prozent der Gesamtsumme aller bilanzierten Verbindlichkeiten so bezeichnete „Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen“.

Eine ehrliche Analyse der Passivseite der Bilanz (die Durchschnittswerte sind stest auf die 766 AGs des produzierenden Gewerbes berechnet) ergibt also die eindeutige Widerlegung der Behauptung vom stets zurückgehenden Eigenkapital. Dies ist eine Propagandalüge, mit der Lohnverzicht und Sozialabbau begründet werden soll. Die Ursache der Krise liegt nicht in zu wenig vorhandenem Kapital (bei den Großkonzernen) sondern in dessen Verwertungsbedingungen. Und mit der Widerlegung des Marxismus war es wieder einmal nichts. Das wird im zweiten Teil über die Aktivseite der Bilanz, die wir in der nächsten Woche veröffentlichen, noch deutlicher werden.

Der neue Bundeshaushalt und die Legalität

Vom Verfassungsgericht sanktioniert . . .

Das Wörtchen „eigentlich“ ist im Zusammenhang mit dem Funktionieren der bürgerlichen Demokratie ein äußerst häufig zu gebrauchendes Wort. Erneut, und deutlicher auch als oft zuvor, im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Bundeshaushalts 1984 im Dezember letzten Jahres. Diesmal geht es nicht um seinen unsozialen, arbeitserfeindlichen Inhalt, sondern um die Art und Weise seines Zustandekommens. Dabei haben Regierungsparteien und Verfassungsgericht bewiesen, daß sie heute schon in gewissen Dingen sehr weit zu gehen bereit sind, was für größere Fragen und zugespitztere Zeiten einige erahnen läßt.

Es handelt sich um die Verabschiedung des Teilhaushalts über die zahlreichen westdeutschen Geheim- und Spitzeldienste. Von der konkreten Beratung dieser Posten wurden die Grünen ausgeschlossen, indem man nur eine allgemeine Beratung durchführte und den Rest sozusagen zur Geheimsache erklärte. Der Sinn ist klar: Die „unzuverlässigen“ Grünen sollten außen vor gelassen werden, wenn es um die Wurst geht.

Sie wären ja beispielsweise in der Lage gewesen, etwa die Umtriebe des BND in Südafrika (um nur ein aktuelles Beispiel zu erwähnen) ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen. Und das hätte, und da haben die Reaktionen recht, durchaus dem Ansehen der BRD schaden können. Die Veröffentlichung der Wahrheit ist für reaktionäre Politik immer schädlich.

Nun widerspricht aber so eine Vorgehensweise eigentlich den Rechten, die dem Parla-

ment in der Verfassung bei der Verabschiedung eines Bundeshaushalts zustehen — auf dem Papier. Dort steht nämlich, daß jeder Posten konkret besprochen und verabschiedet werden muß, was nicht geschah. Die Grünen wandten sich ans Bundesverfassungsgericht, dessen Aufgabe — wiederum: eigentlich — es ja wäre, die Verfassung zu verteidigen, also die Prozedur für ungültig zu erklären, den Haushalt auszusetzen. Was die Grünen auch gefordert hatten. Das BVG war da jedoch ganz anderer Meinung, merkte zwar dies und jenes „kritisch“ an, sanktionierte jedoch im übrigen diese — wiederum: eigentlich — illegale Vorgehensweise der Regierungsparteien (von einem diesbezüglichen Protest der SPD war einmal mehr nichts zu hören, schließlich hat sie selbst zu ihrer Regierungszeit ja nun auch den BND und Co. nicht gerade verhungern lassen, geschweige denn die kalten Krieger rausgesäubert,

was sie mal versprochen hatte). Der Einspruch wurde abgelehnt, der Haushalt gilt. Eigentlich steht es eben alles ganz an-

ders in der Verfassung. Aber eigentlich steht auch darin, es handele sich um eine Demokratie . . .

Wochenseminare der KPD 1984

- Themen: Einführung in die politische Ökonomie + Klassen und Klassenkampf + Staat und Revolution + Der Imperialismus + Was bringt uns der Sozialismus + Aus der Geschichte der kommunistischen und Arbeiterbewegung.
- Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.
- Unkostenbeitrag pro Woche nur 35,— DM.
- Anmeldungen bei Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, 3000 Hannover 91, Tel.: (0511) 466529.
- Termine: 16.—22. Januar 1984
20.—26. Februar 1984
24.—29. April 1984 (Osterferien)
17.—23. September 1984
- Vom 7.—13. Mai findet ein Wochenendseminar in türkischer Sprache statt.

Anmeldung

Ich möchte in der Zeit vom bis an einem Wochenseminar der KPD teilnehmen.

Name Vorname

Anschrift

Beruf Unterschrift

Arbeitsplätze statt Ausländerhetze: Keiner schiebt uns ab!

10. bis 17. März 1984: Bundesweite Aktionswoche gegen
Ausländerfeindlichkeit und reaktionäre Ausländerpolitik

Auf dem letzten bundesweiten Treffen der Organisationen, die im Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit und reaktionäre Ausländerpolitik aktiv sind — organisiert vom Koordinationsbüro „Frankfurter Appell“ — wurden eine Reihe von Beschlüssen für Aktionen in den nächsten Monaten getroffen. Die wichtigsten stellen wir hier vor.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten zumindest in den ersten Monaten dieses Jahres steht der organisierte Protest gegen die geplante reaktionäre Verschärfung der Ausländergesetzgebung, auf die vor allem das Bundesinnenministerium mit Hochdruck hinarbeitet.

Nachdem der Mitte letzten Jahres ins Auge gefaßte „Stafettenmarsch“ auf Bonn (der Rote Morgen berichtete) nicht zu verwirklichen ist, wurde als zentrales Element der bundesweit abgestimmten Protestaktionen eine Aktionswoche „Ausländerpolitik“ beschlossen. Zeitraum: 10. bis 17. März 1984. Thematische Schwerpunkte sollen sein: Asyl — Ausweisungen — Diskriminierung am Arbeitsplatz — Wahlrecht — Familienzusammenführung — Nachzugsalter — Emigranten.

Die Aktivitäten der Aktionswoche werden an allen Orten unter dem gemeinsamen Motto „Arbeitsplätze statt Ausländerhetze: Keiner schiebt uns ab“ stattfinden.

Zum Abschluß der Aktionswoche sollen am 17. März bundesweit einheitliche Aktionen durchgeführt werden. Die näch-

ste Sitzung des Koordinationsausschusses wird sich schwerpunktmäßig mit diesem Thema befassen. Alle interessierten Organisationen sind zur Teilnahme aufgerufen. Um schriftliche Aktionsvorschläge, die möglichst schnell beim Koordinationsbüro eingehen sollten, wird gebeten.

Desweiteren ist eine zentrale Aktion in Bonn geplant, deren Zeitpunkt und Ablauf noch nicht näher bestimmt wurde. Der Koordinationsausschuß beschloß, umgehend zu einem neuen Treffen zusammenzukommen, sobald die Gesetzesentwürfe der Bundesregierung zur Neufassung des Ausländerrechts vorliegen.

Vom 23. bis zum 25. März wird in Frankfurt ein Kongreß ausländischer und deutscher Frauen stattfinden. Motto: „Gemeinsam sind wir stark“. Ein Vorbereitungstreffen für diesen Kongreß ist am 21. Januar in Frankfurt. Näheres dazu über die IAF (Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten Frauen), Mainzer Landstraße 239—241, 6 Frankfurt 1. (Über diesen Kongreß werden wir im Roten Morgen

demnächst noch gesondert berichten).

Die nächste Sitzung des Koordinationsausschusses Ausländerpolitik findet statt am 11. und 12. Februar 1984 in Frankfurt.

Das Koordinationsbüro bietet um Anmeldung mit Angabe der Zahl benötigter Schlafplätze.

Adresse: Koordinationsbüro Frankfurter Appell, Mainzer Landstraße 239—241, 6 Frankfurt/M. 1, Tel.: (0611) 737898 (erreichbar mittwochs von 17 bis 20 Uhr).

Bei der genannten Adresse können auch Exemplare des Frankfurter Appells bestellt werden, den bisher — obwohl noch längst nicht an allen Orten mit der Unterschriftensammlung begonnen wurde — schon weit über 10000 Menschen unterzeichneten.

Die KPD arbeitet im Koordinationsausschuß Ausländerpolitik mit und unterstützt die beschlossenen Aktionen. Wir rufen die Leser des „Roten Morgen“ auf, nach Möglichkeit daran teilzunehmen. Der Kampf gegen die Ausländerpolitik der Bundesregierung ist ein wichtiger Bestandteil des Kampfes gegen die reaktionäre Entwicklung, gegen die Faschisierung in unserem Land.

1984.

Eine Jahreszahl als das Schlagwort der Stunde.

Was mag uns das „Orwell-Jahr“ bringen? — Diese Frage stellen, nicht ohne Sorge, viele Menschen.

Manchen paßt das gar nicht. Prominente Staatsführer melden sich besänftigend zu Wort. Unter ihnen: Franz Josef Strauß.

Franz Josef warnt. Nicht vor der Realisierung der Vorstellungen, die mit dem fraglichen Schlagwort verbunden sind, sondern vor der Lektüre des Orwellschen Buches. Er tritt „jene(n) Geister(n), die von der Schlechtigkeit unserer Zeit durchdrungen sind, indem sie Orwells Buch wie die Apokalypse lesen und zu deuten sich bemühen“, entgegen. „Den vernünftigen Einwand lassen sie nicht gelten, daß Orwell über seinen Roman genauso gut irgendeine andere Jahreszahl hätte schreiben können — nein —, die Jahreszahl 1984 hat für Unbelehrbare nicht zehnfache Bedeutung, sie lesen vielmehr eine Beschreibung dessen heraus, was in den nächsten zwölf Monaten uns Europäern ihrer Meinung nach widerfahren muß“, beschwerte Strauß sich gleich in zwei verschiedenen Ansprachen am 31.12.83 und am 1.1.84.

Wenn Strauß vor etwas warnt, muß an diesem „etwas“ schon etwas dran sein. Strauß warnt nie vor Dingen, die für einfache Menschen gefährlich sind.

So auch hier: Die Angst vor „1984“ haben viele Menschen, die Orwells Buch gar nicht gelesen haben. Die sich nur unter der Vision des „gro-

1984



Ben Bruders“ etwas vorstellen können und bei einem Blick auf die bundesrepublikanische Wirklichkeit mit Erschrecken feststellen, wie nahe wir einer totalen Überwachung in unserer Gesellschaft schon gekommen sind, wie sehr bestimmte politische Kräfte darauf drängen, diese Überwachung noch zu vervollkommen. Unter ihnen Straußens Parteigänger Zimmermann im Innenministerium. Mit seiner vehementen Verteidigung des Volksaushorchungsgesetzes, das dann nicht einmal vor dem reaktionären Bundesverfassungsgericht Bestand haben konnte, weil Hunderttausende Bürger ihre Abwehrbereitschaft unmißverständlich demonstriert hatten und dem Gericht auf die Finger sahen, hat er sich kürzlich deutlich als ein Freund des „gläsernen Menschen“ entlarvt, von dem man nach Straußscher Auffassung nicht reden, gegen den man sich schon gar nicht wehren, vor dem man nicht einmal einfach Angst haben darf, ohne als Unbelehrbarer, als Staatsfeind zu gelten.

Und so kann es auch gar nicht nur darum gehen, „was in den nächsten zwölf Monaten uns Europäern... widerfahren muß“. Nicht nur. Man muß sich auch darüber klarwerden, was uns bereits widerfahren ist. Wie weit die Überwachung schon perfektioniert wurde, von der mit der Bildschirmarbeit verbundenen Überwachung am Arbeitsplatz bis hin zu den Computerteilen des Bundeskriminalamtes, die angeblich der Abwehr von Terroristen dienen und doch bereits die Da-

ten von Millionen Bundesbürgern enthalten.

Es soll allerdings tatsächlich noch schlimmer werden. Es wäre kurzsichtig, nur auf das BVG-Urteil zur Volkszählung zu sehen. Man muß wachsam sein, was das Innenministerium jetzt macht, wie die Gesetzesvorlage aussieht, die es so schnell wie möglich für einen neuen Anlauf vorlegen will. Aber da ist noch mehr im Busch.

Da sind unauffällige „Kleinigkeiten“ wie die Ausweitung der Möglichkeiten des Überwachens des „Freizeitverhaltens“ der Bürger, die mit dem Kabelfernsehen, mit der Umwandlung des Telefonnetzes in ein computergesteuertes Vermittlungssystem, mit der „Fernmessung“ des Haushalts-Energieverbrauchs usw. verbunden ist.

Da ist, als auffälliges Großprojekt, der computerlesbare Personalausweis, der — wie passend — ausge-rechnet 1984 eingeführt werden soll und gegen den möglichst massenhafter Widerstand unbedingt gefordert ist.

So trifft es also zwar zu, daß Orwell die Zahl „1984“ nicht in hellseherischer Weitsicht wählte, sondern willkürlich, als einfache Umkehr der Endziffern des Jahres 1948. Aber wie das Leben so spielt — just in diesem zufällig so symbolträchtigen Jahr ist die Gefahr des „gläsernen Menschen“ tatsächlich drohend wie nie. Wenn der Zufall die Aufmerksamkeit Hunderttausender schärft — um so besser. Für den aktiven Widerstand gegen Augenwischer und Überwacher wie Strauß, Zimmermann und Kohl und Co.

Besetzer des türkischen Konsulats vor Gericht

„Dev-Sol-Prozeß“ begann in Köln

Am 2. Januar begann im Großen Saal des Kölner Landgerichts der Prozeß gegen zehn Anhänger der mittlerweile verbotenen antifaschistischen türkischen Organisation Dev Sol. Der erste Tag dieses von einem starken Polizeiaufgebot begleiteten politischen Prozesses endete mit einem Befangenheitsantrag gegen die Richter. Zur eigentlichen Verhandlung über die den Angeklagten zur Last gelegte Tat — die Besetzung des türkischen Konsulats in Köln — kam es an diesem Tage gar nicht.

Bereits im Vorfeld des Prozesses hatten Presse und Rundfunk „strenge Sicherheitsvorkehrungen“ angekündigt. Es ging sogar das Gerücht von Ausweiskontrollen und Einbau von Trennscheiben, sozusagen als vorgezogene Maßnahme für einen RAF-Prozeß, der demnächst hier stattfinden soll. Dagegen hatten die Verteidiger der Angeklagten frühzeitig protestiert. Es gab dann auch keine Trennscheiben und Ausweiskontrollen, dafür scharfe Personenkontrollen bei den Zuhörern. Der größte Saal des Landgerichts mit seinen 100 Plätzen war an diesem Tag viel zu klein — mehr als 250 Menschen wollten hinein, die meisten wurden von den „Ordnungskräften“ gewaltsam zurückgehalten.

Gegen 9.20 Uhr — der Prozeß war auf 9 Uhr angesetzt gewesen — wurden die Angeklagten einzeln hereingeführt. (Sie sitzen seit dem 3. November 1982 in Untersuchungshaft). Mit Parolen wie „Tod dem Faschismus in der Türkei“ und „Hoch die internationale Solidarität“ grüßten sie die Prozeßbesucher, die den Gruß erwiderten und applaudierten.

Etwas um 9.30 Uhr betraten dann die Richter den Saal, angeführt vom Vorsitzenden Liptow — „der schärfste Hund im Landgericht“, wie uns ein Kenner der Materie versicherte. Liptow verdiente sich seine Spo-

ren in Zusammenarbeit mit dem über die Grenzen Kölns hinaus berühmten Richter Somo-skeoy, unter anderem als Beisitzer im Prozeß gegen Baha Targün und andere Teilnehmer des bekannten Ford-Streiks von 1973.

Die Anwälte der Antifaschisten fanden von Anfang an reichlich Anlässe zum Protest. Von der Tatsache, daß drei der geladenen Dolmetscher nicht erschienen waren, daß das Gericht Vertrauensdolmetscher der Angeklagten ablehnte — ihre be-

kannte antifaschistische Gesinnung galt als unerwünscht — bis hin zu den körperlichen Durchsuchungen und verschiedenen Schikanen gegen die Prozeßbesucher, die im Laufe des Tages noch verschärft wurden. Mehrmals wurde der Prozeß unterbrochen, jedesmal mußten die Zuschauer den Saal verlassen und sich anschließend neuen Kontrollen unterziehen. Beständig wurden sie von Justizwachmeistern provoziert und beschimpft. Mit dem Knüttel wurden zwei Besucher bearbeitet, die — ohne es selbst zu wollen — in dem großen Gedränge auf dem Flur in den Saal gedrückt wurden, nachdem dieser schon für gefüllt erklärt worden war. Im Verlaufe des Tages wurde unter anderem deutlich, daß die Beamten eigenmächtig Schikanen vornahmen, und daß zum

anderen bestimmte polizeiliche Maßnahmen nicht vom Vorsitzenden Richter, sondern vom Landgerichtspräsidenten selbst veranlaßt worden waren, der damit unzulässigerweise in die Verhandlungsführung eingriff.

Gegen 4 Uhr nachmittags hatte sich eine Fülle von Tatsachen ergeben, die dazu führten, daß die Anwälte einen Befangenheitsantrag gegen das Gericht stellten. Über diesen Antrag wurde am Mittwoch nach Redaktionsschluß entschieden.

Der Prozeß wird am 6. Januar fortgesetzt, in der nächsten Woche am Montag, Mittwoch und Freitag, in der darauffolgenden Woche am Dienstag und Donnerstag. Es ist jetzt schon abzusehen, daß die für einen Monat angesetzte Prozeßdauer überschritten wird.



Einem der Angeklagten will die Ehefrau seinen kleinen Sohn in die Arme geben. Auch dabei schritten Justizbeamte ein. — Kleines Bild: Zwei der Antifaschisten heben die Hand zum Siegeszeichen.

„Alemannia Express“: Alle Kündigungen widerrufen

Kapitän und Betriebsräte des Hapag-Lloyd-Schiffes „Alemannia Express“, die wegen ihres Einsatzes gegen den Transport neuer US-Atomraketen von der Reederei gekündigt worden waren, haben ihren Arbeitsplatz wieder.

Der Bremer Kapitän Heinrich Kraft wurde im Sommer letzten Jahres fristlos gekündigt, nachdem er zusammen mit den Besatzungsmitgliedern seines Containerschiffes „Alemannia Express“ eine Resolution unterzeichnet hatte, in der die Gewerkschaft ÖTV und die Internationale Transportarbeitergewerkschaft aufgefordert wurden, den Transport der US-Atomraketen zu verhindern. Nach der Kündigung des Kapitäns wurde, kurz vor dem geplanten Auslaufen aus Bremerhaven, auf dem Schiff eine Bordversammlung einberufen, an der auch die Betriebsräte Jürgen Söncksen und Günter Sei-

fert teilnahmen. Weil sich durch diese Versammlung das Auslaufen verzögerte, kündigte Hapag-Lloyd nun auch den Betriebsräten.

Die gekündigten Gewerkschafter und Friedenskämpfer erfuhren sehr viel Solidarität. Diese hat sicher einiges dazu beigetragen, daß am 15. Dezember 1983 die Kündigung Krafts zurückgenommen und der Kapitän wieder als Schiffsführer eingesetzt wurde und daß am 20. Dezember auch die Kündigungen gegen Söncksen und Seifert in einem „außergerichtlichen Vergleich“ aufgehoben wurden.

Kleine Chronologie zur 35-Stunden-Woche (1)

Als Hilfe und Gedankenstütze für unsere Leser in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche hat die Redaktion Roter Morgen beschlossen, von Beginn der „offiziellen“ Auseinandersetzung an, also vom Termin der ersten Tarifverhandlung an, eine kleine Chronologie zu diesem zentralen Thema des Klassenkampfes zu verfassen. Der Sinn der Sache soll sein, einmal einen gewissen Überblick bzw. eine Zusammenfassung der zahlreichen Ereignisse, Aussagen usw. auf zu diesem Thema zu verschaffen, zum anderen natürlich auch, eine große Zahl von solchen Ereignissen, die man im Rahmen „normaler“ Zeitungsberichterstattung bzw. -kommentars gar nicht alle erfassen kann, wenigstens kurz zu werten. Wir wollen dies — so es der Verlauf möglich macht — alle 14 Tage in den Spalten des Roten Morgen tun, und beginnen heute mit dem Zeitraum der ersten Verhandlung am 13. Dezember bis zum Jahresende 1983. Dabei können wir natürlich keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

13. Dezember 83

Die ersten Verhandlungen der Metallkapitalisten mit der IGM in Hamburg und Balingen (für den Bezirk Südwürttemberg/Hohenzollern) werden ohne jede Annäherung auf Januar vertagt — dort sollen in beiden Bezirken die Forderungen nach 35-Stunden-Woche und Lohnerhöhung zusammen verhandelt werden...

In der Presse an diesem Tag ist allseitige Mobilisierung angesagt: Der Verband der Metallkapitalisten hatte die IG Metall nochmals aufgefordert, Spitzengespräche anstelle von bezirklichen Verhandlungen zu führen, was der IGM-Vorstand am selben Tag erneut ablehnt; ebenfalls bekräftigte der IGM-Vorstand seine Empfehlung an die bezirklichen Tarifkommissionen, Lohnerhöhungen zwischen 3 und 3,5 Prozent zu fordern, was auch geschah.

Das Bielefelder Emnid-Institut veröffentlicht das Ergebnis einer Befragung von Stahlbelegschaften, die es im Auftrag des „Arbeitgeberverbandes Eisen und Stahl“ durchführte: Demnach wollen 42 Prozent der Stahlarbeiter eine frühere Rente, 27 Prozent die verkürzte Wochenarbeitszeit, während 30 Prozent angeblich alles so lassen wollen, wie es ist...

14. Dezember

Die ersten Tarifverhandlungen in den Bezirken Hessen und Bayern haben dasselbe Ergebnis wie die vom Vortag: Vertagung auf Januar — das Muster setzt sich in der weiteren gesamten „ersten Runde“ fort.

Otto Esser, Chef des Arbeitgeberverbandes bekräftigt in einem Interview mit einer Presseagentur das von zahlreichen Zeitungen veröffentlicht wird, abermals seine strikte und totale Ablehnung der 35-Stunden-Woche.

16. Dezember

Erste Verhandlung in NRW: Wie oben...

Neben anderen Verwaltungsstellen veröffentlicht auch die IG Metall in Dortmund die ersten Auswertungen der allgemein seit Anfang/Mitte November laufenden Fragebogenaktion unter der IGM-Mitgliedschaft. Besonders kennzeichnend: 75 Prozent der Befragten rund 9000 Kollegen erwarten vom technischen Wandel eine weitere Gefährdung ihrer Arbeitsplätze und lehnen die Parole von den Investitionen, die die Arbeitsplätze von morgen seien, ab. Neben einer deutlichen Mehrheit für die 35-Stunden-Woche sprechen sich auch über 50 Prozent der Befragten für eine Einschränkung von Überstunden und Sonderschichten aus; mehr als die Hälfte der Befragten ist aufgrund gewachsener Arbeitsbelastung aus Erholungsgründen für eine kürzere Wochenarbeitszeit.



CDU-Minister Blum lässt verlauten, daß er einen Gesetzentwurf zur „Arbeit auf Abruf“ vorbereiten läßt — auch das soll natürlich als Maßnahme gegen die Arbeitslosigkeit verkauft werden, und als Alternative zur „35“. Es ist die gesetzliche Absicherung des kapitalistischen Projektes von der „Kapovaz“ (kapazitätsorientierten variablen Arbeitszeit).

17. Dezember

In ihrer Gegenpropaganda muß die Bonner Regierung einen Schritt zurück: Aufgrund der Proteste aus kapitalistischen Kreisen müssen nun neben dem öffentlichen Dienst auch die Belegschaften der Kleinbetriebe von der sogenannten „Vorruhestandsregelung“ (Frührente) ausgenommen werden — es gibt also für immer weniger Beschäftigte eine auch nur scheinbar angebotene Alternative.

Erneut veröffentlichten IG Metall und der Metall-Kapitalistenverband von ihnen organisierte Umfrageergebnisse, die sich drastisch widersprechen; in diesem Zusammenhang kündigt der IGM-Vorstand eine Aktion „Leistungsschraube stopp“ an, mit der die 35-Stunden-Woche in die betriebliche Praxis umgesetzt werden soll.

19. Dezember

Erneut läßt der Bundeskanzler seine massive Ablehnung der gewerkschaftlichen Forderung in der Presse verkünden. Stattdessen müsse ein „Pakt der Vernunft“ geschaffen werden.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Roth kritisiert die Haltung des Bundeskanzlers mit den vornehmen Worten sie sei „einseitig“ (ach Gott, Roth).

Etwas unpassend für die Bundesregierung veröffentlicht das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) seine Ergebnisse einer Untersuchung, mit der es 1981 beauftragt worden war: „Ursa-

chen und Auswirkungen des wirtschaftlichen Strukturwandels“ zu untersuchen. Darin wird festgestellt, daß die faktische Verkürzung der Arbeitszeit im Zeitraum 1970 bis 1981 zu wesentlich mehr Beschäftigung geführt hat, als es ohne diese Verkürzung der Fall gewesen wäre.

21. Dezember

Die „Vorruhestandsregelung“, wie sie am Vortag von der Bundesregierung verabschiedet worden war, wird veröffentlicht. Sie enthält außer den bereits erwähnten Einschränkungen für große Bereiche gegenüber der ursprünglichen Propaganda auch die Festschreibung auf ganze 65 Prozent des letzten Bruttolohns; Blüms Plan, mit einem scheinbaren Zuckerbrot eine „Massenabsetzbewegung“ von der Verkürzung der Wochenarbeitszeit weg zu erreichen, ist damit, das machen erste Reaktionen und weitere Umfragen in den folgenden Tagen deutlich, gescheitert.

23. Dezember

DGB-Vize Fehrenbach fordert in einem Interview eine Abkehr von der „verheerenden Konfliktstrategie“ und fordert Kohl dazu auf, lieber zu schlichten.

24. Dezember

Der GEW-Vorsitzende von NRW entgegnet den „Umverteilungsplänen“ von NRW-Kultusminister Schwier (SPD) mit der Forderung, die 35-Stunden-Woche auch auf den Schuldienst zu übertragen, die Zahl der Pflichtstunden um 12,5 Prozent zu senken, was nach GEW-Berechnungen 18000 neue Stellen schaffen würde.

27. Dezember

In einem Interview mit der dpa, das an diesem Tag verbreitet wird, bekennt sich die ÖTV-Vorsitzende Wulf-Mathies dazu, daß der ÖTV-Hauptvorstand der „Wochenarbeitszeitverkürzung“ die Priorität eingeräumt habe — Lohnausgleich sei dabei nötig, wie auch bei der ebenfalls von der ÖTV-Führung unterstützten Vorruhestandsregelung(?).

27. Dezember

Der DGB-Vorsitzende Breit unterstützt in einem Interview die Forderung nach der 35-Stunden-Woche — das benutzt er zur Forderung nach Erhalt und Ausweitung der Mitbestimmung, weil dies die einzige Alternative zum „Manchester-Kapitalismus“ und zur „kommunistischen Planwirtschaft“ sei (den letzten Teil vergißt die „UZ“ der DKP zu berichten...)

28. Dezember

Die stetige Reihe von Konjunkturprognosen zum Jahresende wird vom Institut der Deutschen Wirtschaft eröffnet. Kurzes Urteil: Gute Aussichten, wenn (verstehst sich ja wohl, oder?) kostenneutrale Tarifabschlüsse erreicht würden.

30. Dezember

Die SPD veröffentlicht einen Beschluß, ab dem 10. Januar eine „breit angelegte“ Kampagne für die 35-Stunden-Woche — und die Verkürzung der Lebensarbeitszeit...

Der Vorstand des „Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall“ bekräftigt seine Absicht, die IG Metall „permanent mit dem attraktiven Alternativprogramm“ zur „35“ zu verfolgen. Das „attraktive“ Dreierpaket heißt: Vorruhestandsregelung, flexible Arbeitszeit und Teilzeitarbeit. Dies sei ein hoher Preis, den die Unternehmer bereit seien zu zahlen, um die „Katastrophe“ zu vermeiden.

„SF und Bahnfabrik am Ende?“

Erneut Massenentlassungen bei AEG?

Der AEG-Arbeiter, Betriebszeitung der KPD bei AEG Brunnenstraße Westberlin, veröffentlichte den folgenden Artikel, in dem die neuesten Pläne der AEG-Geschäftsleitung aufgedeckt werden. Obwohl die öffentliche Debatte um AEG in letzter Zeit nach der letzten Stilllegungswelle etwas nachgelassen hat, fahren die Manager und die Banken damit fort, die Krisenpolitik bei AEG nach ihrem Muster, auf dem Rücken der Belegschaft, auszutragen. In ihrem Artikel in ihrer Zeitung wenden sich die Genossen und Genossinnen unserer Partei vor allem dagegen, Hoffnung auf Erfolg in die kapitalistische Konkurrenz zu setzen und erheben stattdessen konkrete Forderungen zur Sicherung der Arbeitsplätze.

Als es darum ging, eine Begründung für die beiden Neubauten in Marienfelde und in Siemensstadt zu finden, da hieß es, dies sei notwendig, um diese Fabriken zukunftssicher zu machen.

Doch je mehr die Planung der Neubauten ins Detail ging und die ersten Grundmauern standen, desto unsicherer wurde unsere Lage. Die SF macht nun schon zum Zweiten Mal in diesem Jahr Kurzarbeit und die Bahnfabrik seit August. Letzte Woche wurde nun für die Bahnfabrik die Verlängerung und Ausdehnung der Kurzarbeit beschlossen. So sollen dort von Januar bis einschließlich Juni 1984 rund 3/4 der Belegschaft zwei Tage kurzarbeiten. Aber nicht nur das. Gleichzeitig kündigte die Geschäftsleitung der Bahnfabrik 15 weitere Kündigungen im Elektronikbereich an. Für A 52 (SF und Dronheimerstr.) wurde für den 8. Dezember eine Wirtschaftsausschußsitzung in Frankfurt angesetzt. Thema: weitere Entlassungen in A 52!

Teile und herrsche!

Und das angesichts der Tatsache, daß der Belegschaftsstand schon jetzt unter die Zahl 1300 für Marienfelde und 1100 für die Nonnendammallee gesunken ist. Wieder einmal erweisen sich die Aussagen der Geschäftsleitungen und des Berliner Senats als Schall und Rauch.

Seit einem Jahr bekamen wir Beruhigungspillen verabreicht mit dem Ziel, uns von den Kollegen der GF und der KF abzuspalten und die Schließung der Brunnenstraße zu schlucken. Nachdem nun die vollständige Schließung der KF erfolgt ist und die der GF zum Jahresende ansteht, will man jetzt uns das Fell über die Ohren ziehen. Monatelang wurden Lobeshymnen auf die beiden Neubauten gesungen bis hin zu Werbeanzeigen in den Tageszeitungen, während man sich über die wirkliche Planung der beiden Fabriken ausschwig. Jetzt läßt man so langsam die Katze aus dem Sack und will uns wieder einmal vor vollendete Tatsachen stellen.

Begründung: Schlechte Auftragslage

Waren die offiziellen Begründungen bei der GF und KF die angeblichen roten Zahlen, so soll es jetzt die sich mit einem Mal rapide verschlechternde Auftragslage der SF und der Bahnfabrik sein. Die Tatsachen sprechen diesmal anscheinend dafür. So sieht jeder, daß wir kaum noch etwas zu tun haben. Eigentlich hätte man schon das ganze Jahr über kurzarbeiten können. Die Auftragsengpässe gehen in unvorstellbarem Maße zurück, sodaß sich jeder schon fragt, was man in den beiden Neubauten eigentlich noch produzieren will.

Doch das kommt nicht überraschend für die Geschäftsleitungen. Das war bereits alles absehbar, als uns im letzten Jahr die Zukunft der beiden Fabriken noch in rosaroter Farbe gemalt wurde. Schon damals wurde von Kollegen gesagt, daß die Entscheidung über die Verlagerung der beiden Fabriken ihr Todesurteil sei. Alle Erfahrungen bei AEG-Telefunken sprechen dafür, daß mit einer Verlagerung das Ende eingeläutet wird. Heute wird immer absehbarer, daß es in den beiden Fabriken keine sichere Zukunft geben wird, sondern nur noch ein mehr oder weniger langes Dahinvegetieren.

Man versuchte den Eindruck zu erwecken, daß die Fabriken nur mit einer sicheren Zukunftsperspektive neu gebaut werden. Das erschien logisch unter dem Gesichtspunkt des Kapitaleinsatzes, der in diesen Fabriken ja sehr hoch ist. Trotzdem blieben die ganze Zeit viele Fragen offen:

- So gab es keine klaren Aussagen über eine Beschäftigungsgarantie.
- So kam mit der Veröffentlichung der ersten Baupläne sofort die Feststellung auf, daß diese beiden Fabriken viel zu klein sind.

- So blieb die ganze Zeit die Frage offen, warum eigentlich neugebaut wird, wenn es den beiden Fabriken so schlecht geht.

- Und nicht zuletzt, wieso baut man eigentlich nicht eine gemeinsame Fabrik für die Bahn und die SF.

Die Antwort auf die letzten Fragen ist eigentlich sehr einfach. Denn es ist ja nicht die AEG, die das Risiko der beiden Neubauten trägt, sondern es ist die öffentliche Hand. Es sind also unsere Steuergelder, die hier reingebuttert werden. Außerdem sind Investitionen in Millionenhöhe heute keine Garantie mehr für sichere Arbeitsplätze. Die fertigen Fundamente in der grünen Halle, die vollständig neu eingerichtete Motorenfertigung im 4. Stock der KF und der 1981 erfolgte Anbau an die grüne Halle sprechen bei uns auf dem Gelände eine deutliche Sprache.

Was ist die Ursache

Sicherlich spielt hier die trotz öffentlichem Aufschwungere-

de weiter voranschreitende Wirtschaftskrise eine entscheidende Rolle. Doch das war letztendlich auch die Ursache für die Schließung der GF und der KF. Denn auf dem Hintergrund dieser Krise verschärft sich der Konkurrenzkampf der verschiedenen Kapitalgruppen mit dem Ziel, einen oder mehrere Konkurrenten auszuschalten und den Markt zu bereinigen. Nur der Stärkere siegt. Und AEG befindet sich nun einmal in einer schwächeren Situation als z. B. Siemens.

So wird über die Zukunft der Bahnfabrik mitentschieden, ob es der AEG gelingt, sich gegenüber Siemens und BBC bei der Vergabe neuer Bundesbahnaufträge durchzusetzen. Und auch im Bereich der SF ist die Frage mitentscheidend, ob die AEG sich gegenüber ihrer Konkurrenz durchsetzen kann. Hier spielen die Entscheidungen der Banken, vor allem der Deutschen und der Dresdner Bank die Hauptrolle. Aber auch die Verbindungen zum Staat sind hier wichtig, denn daran sind die Vergabe öffentlicher Gelder und Aufträge gekoppelt. Dieser Konkurrenzkampf ist so brutal und hart geworden, daß dabei ganze Fabriken einfach geopfert werden und die Belegschaften auf die Straße fliegen. Eine Lösung in diesem Sinne kann aber nicht in unserem Interesse liegen. Für uns ist es keine Lösung, ob wir oder unsere Kollegen bei Siemens oder BBC auf der Strecke bleiben. Sie stehen vor dem gleichen Problem wie wir: Wie können wir unsere Existenz sichern?

Für uns kann doch nur eine Lösung akzeptabel sein, die allen Beschäftigten das Überleben sichert. Das bedeutet gerade jetzt, die Arbeitszeitverkürzung in Form der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich durchzusetzen.

Gerade an der massiven Hetze der Unternehmer gegen diese Form der Krisenlösung kann man erkennen, daß dies der richtige Schritt nach vorn wäre. Sie jammern seit jeher, daß sie kurz vor dem Bankrott stehen, mit dem Ziel, uns weitere Opfer abzuverlangen und gleichzeitig weitere Subventionen zu kassieren.

Die beiden Neubauten in Marienfelde und Siemensstadt werden doch mit unseren Geldern finanziert. Deshalb haben wir das Recht zu fordern, daß diese Gelder in unserem Sinne verwandt werden, nämlich zur Sicherung unserer Arbeitsplätze und nicht zum weiteren Herumexperimentieren des AEG-Vorstandes mit der Existenz von Tausenden von Familien.

- Keine Verschwendung öffentlicher Gelder!
- Arbeitsplatzgarantie für alle Beschäftigten in der SF und der Bahnfabrik!
- Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postcheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Ein gefährlicher Präzedenzfall soll geschaffen werden

AEG-Bosse mißachten sogar Gerichtsurteil...

Ungebetenen Besuch bekam wenige Tage vor Weihnachten die Hamburger Niederlassung der AEG. Ausgestattet mit einem Hausdurchsuchungsbefehl und versehen mit der Vollmacht, nicht nur — notfalls mit Gewalt — alle Räume zu durchsuchen, sondern auch „verschlusste Behältnisse“ zu öffnen, war eine Gerichtsvollzieherin im Verwaltungsgebäude des Elektrokonzerns am Steinhöft aufgetaucht. Es ging um eine Zwangsvollstreckung. Den Hintergrund für diese Aktion bildeten jedoch nicht unbezahlte Bankschulden oder ähnliches, sondern die Personalpolitik der AEG.

Die Gerichtsvollzieherin war von dem aktiven Gewerkschafter Uwe Zabel in Gang gesetzt worden, um sein gerichtlich bestätigtes Recht auf Beschäftigung bei der AEG durchzusetzen. Seit Jahren schon muß der heute 26jährige Feinmechaniker ständig die Justiz bemühen, um seinen Arbeitsplatz zu verteidigen. Und noch jedesmal haben sich die AEG-Bosse mit einer selbst für westdeutsche Verhältnisse einmaligen Unverschämtheit über die entsprechenden Gerichtsurteile hinweggesetzt.

Der Anfang: 1979

Bereits 1979 war deutlich geworden, welch großes Interesse die Konzernbosse daran hatten, ihren unbeherrschten „Mitarbeiter“ so schnell wie möglich loszuwerden. In diesem Jahr hatte Uwe Zabel seine Lehre bei der AEG beendet. Er hatte während der Lehrzeit maßgeblichen Anteil am Aufbau einer Jugendgruppe der IGM gehabt, war als Vertrauensmann aktiv und auch zum Jugendvertreter gewählt worden. Er hatte seinen Gesellenbrief gerade einen Tag in der Tasche, als er zum Personalchef des Geschäftsbereichs Industrieanlagen, Schiffbau und Sonder-technik, Elsebrock, bestellt wurde. Der Personalchef unterbreitete ihm ein lukratives Angebot: 15000 Mark Abfindung und ein Jahr Lohnfortzahlung unter der Bedingung, daß Uwe Zabel einem Auflösungsvertrag zustimmen, also auf den für ihn als ehemaligen Jugendvertreter geltenden einjährigen Kündigungsschutz verzichten würde.

Uwe Zabel lehnte es ab, sich auf diese Weise von der AEG auskaufen zu lassen und wurde prompt in einen unbefristeten Urlaub geschickt. Eine von Uwe beim Hamburger Arbeitsgericht erwirkte einstweilige Verfügung auf Übernahme endete mit einem Vergleich: Der Feinmechaniker wurde in der Sonderabteilung Musterbau weiterbeschäftigt.

Der zweite Vorstoß

Pünktlich mit dem Ende der Kündigungsschutzfrist nach einem Jahr erfolgte dann der nächste Vorstoß der AEG. Uwe Zabel wurde mit Zustimmung des Betriebsrats wegen angeblich schlechter Leistungen gekündigt. Der Zynismus dieser Begründung wird deutlich, wenn man die Umstände betrachtet, unter denen Uwe arbeiten mußte. Das ganze Jahr über hatte er unter ständigem Druck gestanden und war einer lückenlosen Kontrolle durch die AEG-Bosse ausgesetzt. (Wie sich später herausstellte, hatte man sogar alle von ihm gefertig-

ten Werkstücke gesammelt, um Beweise für Fehler in die Hand zu bekommen). Die Folge dieses von der Werksleitung organisierten Drucks war, daß sich bei Uwe ein chronisches Magenleiden herausbildete; er hatte allein in dem Jahr bis zu der erwähnten Kündigung sechs Monate im Krankenhaus liegen müssen — heute ist er zu 30 Prozent schwerbehindert. So wurde also eine durch die terroristischen Methoden des Konzerns selbst verursachte Beeinträchtigung seiner Arbeitsfähigkeit zur Begründung für die Kündigung von Uwe Zabel gemacht.

Daß es die AEG damals wieder einmal sehr eilig hatte, den aktiven Gewerkschafter loszuwerden, muß auch vor dem Hintergrund der Betriebsratswahlen im Frühjahr 1981 gesehen werden. Gleich nach der Kündigung war Uwe ein Hausverbot für alle Werke des Konzerns ausgesprochen worden, in den Pfortnerhäuschen der einzelnen Betriebe wurde sein Bild als Steckbrief ausgehängt. Dadurch allerdings, daß Uwe Zabel vor dem Arbeitsgericht gegen die Kündigung klagte, konnte er dennoch als Kandidat an der Betriebsratswahl teilnehmen, wenn auch unter erschwerten Bedingungen; er erhielt beispielsweise nur während der Arbeitspausen Zutrittsrecht zur AEG. In dieser Zeit beteiligte sich Uwe Zabel auch aktiv an der Organisation der Warnstreiks im Rahmen der Metallkampfe in der Metallindustrie. Er gehörte der entsprechenden Aktionsleitung bei der AEG an und sprach auch bei der Abschlussskundgebung einer Demonstration der Wedeler AEG-Kollegen — nach einem der Betriebsräte, die für seine Entlassung gestimmt hatten.

Als die Betriebsratswahlen, bei denen Uwe zum Ersatz-Betriebsrat gewählt wurde, abgeschlossen waren, trat das Hausverbot wieder voll in Kraft. Im Juli 1981 sprach das Arbeitsgericht in erster Instanz sein Urteil: Es fehle „an der konkreten Darlegung der angeblichen Fehler“, die Uwe Zabel von der AEG zur Last gelegt wurden; der Feinmechaniker müsse „zu unveränderten Bedingungen“ weiterbeschäftigt werden. Die AEG-Bosse gingen gegen dieses Urteil in Berufung (eine Entscheidung über diese Berufung steht bislang aus); im übrigen weigerten sie sich schlicht, das Urteil der ersten Instanz anzuerkennen — Uwe Zabel blieb weiter von seinem Arbeitsplatz ausgeschlossen.

AEG zahlt 500 DM pro Tag!

So kam es Ende 1981 zu einem ersten Zwangsgeldbeschuß gegen die AEG. Drei Wochen lang

zahlte der Konzern — der zu dieser Zeit wegen drohender Zahlungsunfähigkeit Schlagzeilen machte — jeden Tag 500 Mark Zwangsgeld, weil er sich der gerichtlich verfügbaren Weiterbeschäftigung Uwe Zabels widersetzte. Erst als Uwes Rechtsvertretung einen Antrag auf Beugehaft für den damaligen Vorstandschef der AEG-Anlagentechnik, Freiherr von Wrangel, stellte, gab der Konzern seine Strategie der totalen Mißachtung des Gerichtsbeschlusses auf. Uwe wurde wieder eingestellt, allerdings nicht zu „unveränderten Bedingungen“, wie es das Urteil vorgegeben hatte, sondern auf einem anderen Arbeitsplatz, in der Hafenservicestation im Freihafen, die unter anderem für Montagearbeiten auf den Hamburger Großwerften zuständig ist.

gung durch, der sich der Elektrokonzern jedoch erneut widersetzt. Das Arbeitsgericht sieht in der neuen Kündigung Zabels einen Zusammenhang mit der ersten Kündigung und verfügt erneut die Zwangsvollstreckung aus dem Urteil von 1981. Der Fall erregt beträchtliches Aufsehen; regionale und überregionale Medien berichten darüber, die IGM gibt eine Presseerklärung dazu heraus.

Die AEG jedoch weigert sich auch weiterhin, dem Gerichtsurteil Folge zu leisten. Erst nachdem eine Gegenklage des Konzerns gegen die Zwangsvollstreckung vom Gericht abgewiesen wird, ändern die AEG-Bosse wieder ihre Taktik. Nun versuchen sie es wieder mit einer schon drei Jahre zuvor ins Spiel gebrachten Masche. Sie bieten Uwe Zabel, der seit dem 1. Juli von 212 Mark Arbeitslosengeld



Gewerkschaftliche Kraft gegen Unternehmerrmacht? Die IGM Hamburg läßt sie jedenfalls im Fall des Kollegen Zabel vermissen...

Allerdings war auch das nicht von langer Dauer. Im Frühjahr 1983 wurde dem Betriebsrat ein Antrag auf Massenentlassungen vorgelegt; in den Hamburger AEG-Werken sollten insgesamt 62 Kollegen ihren Arbeitsplatz verlieren. Der Vertrauensleutkörper, dem auch Uwe Zabel wieder angehörte, legte zu diesem Plan ein Gegenkonzept vor, in dem unter anderem gefordert wurde, daß der Betriebsrat allen Entlassungen widersprechen sollte. Nicht zuletzt auf die Aktivitäten des VLK in dieser Angelegenheit ist es zurückzuführen, daß schließlich nur etwa einem halben Dutzend Kollegen gekündigt wurde — Uwe Zabel allerdings war natürlich auf dieser Entlassungsliste vertreten; er wurde zum 1. Juli 1983 gekündigt.

Offene Weigerung

Dieses Mal legte der Betriebsrat Widerspruch ein. Er wies acht verschiedene Arbeitsplätze in den Hamburger Werken nach, auf denen Uwe hätte weiterbeschäftigt werden können. Ohne den Ausgang dieses Rechtsstreits mit dem Betriebsrat abzuwarten, setzten die AEG-Bosse Uwe Zabel wieder vor die Tür. Wieder mußte der Feinmechaniker das Arbeitsgericht bemühen.

Er setzte eine einstweilige Verfügung auf Weiterbeschäfti-

legt allerdings Widerspruch ein, weil Uwe Zabel nicht schichtdiensttauglich ist.

Am 16. Dezember verfügt dann das Hamburger Amtsgericht einen Hausdurchsuchungsbefehl gegen die AEG; vier Tage später kassiert eine Gerichtsvollzieherin Zwangsgelder in Höhe von 9500 Mark — das sind 500 Mark für jeden Tag seit dem 24. 11. 83. Von diesem Geld bekommt der auf eine magere Arbeitslosenunterstützung gesetzte Uwe Zabel allerdings keinen Pfennig, es fließt voll in die Gerichtskasse. Ebenfalls unmittelbar vor Weihnachten haben sich die AEG-Bosse einen neuen Dreh ausgedacht. Sie wollen ihren unliebsamen „Mitarbeiter“ nun im Tagesdienst in den Werksschutz versetzen. Dafür soll ein schon geschlossenes Pfortnerhäuschen in einem abgelegenen Nebengebäude wieder geöffnet werden. Die Absicht ist deutlich: Wenn man ihn — vorläufig — schon nicht ganz loswerden kann, will man Uwe Zabel innerhalb des Betriebs isolieren und abschieben. Der Betriebsrat der AEG hat — auf Anraten der IG Metall — diesem von Uwe selbst abgelehnten Plan bereits zugestimmt. Sollte dieser Plan durchgezogen werden, wäre allerdings eine erneute Ände-

Frankfurter AEG-Zentrale, von VLKs aus Hamburger Metallbetrieben und anderen Betrieben wie etwa Klöckner und der Bremer Vulkan-Werft. Die Vulkan-Kollegen haben sich auch an die Öffentlichkeit und insbesondere an die IG Metall gewandt mit der Aufforderung, eine „breite Protestbewegung“ gegen die Versuche der AEG-Bosse zu bilden, im Windschatten der Bonner Wende erkämpfte Rechte wieder zurückzudrehen.

Und die IGM Hamburg?

Genau das ist notwendig. Denn ganz offensichtlich soll hier ein für die Gewerkschaftsbewegung gefährlicher Präzedenzfall geschaffen werden. Der AEG-Konzern führt vor, wie unter offener Mißachtung von Gerichtsurteilen gewerkschaftliche Aktivitäten kaltgestellt werden können. Und es liegt auf der Hand, daß ein Erfolg des Konzerns auch andere Unternehmen zur „Säuberung“ ihrer Belegschaften ermutigen und die gewerkschaftlichen Kampfbedingungen noch weiter verschlechtern würde. Gerade vor diesem Hintergrund ist das Verhalten der Hamburger Ortsverwaltung der IGM im Fall Zabel nur noch als gewerkschaftsfeindlich zu bezeichnen. Die Ortsverwaltung hat zweimal eine Presseerklärung herausgegeben, aber Mitte Dezember — als sich der Konflikt erneut zuspitzte — hat sie sich auf den Standpunkt gestellt, sie habe nun genug gemacht. Forderungen nach der Veröffentlichung eines offenen Briefs oder zur Durchführung einer Flugblattkampagne wurden einfach ignoriert. Eine solche Passivität der IGM kann vom Kapital nur als Einverständnis mit dem Vorgehen gegen Uwe Zabel gewertet werden. Gerade jetzt, wo die Wende zu greifen beginnt und mit dem Kampf für die 35-Stunden-Woche die schärfsten Klassenausinandersetzungen der letzten Zeit bevorstehen, ist aber eine offensive Verteidigung der gewerkschaftlichen Rechte notwendiger denn je.

Protestschreiben an die AEG sind an folgende Adresse zu richten:

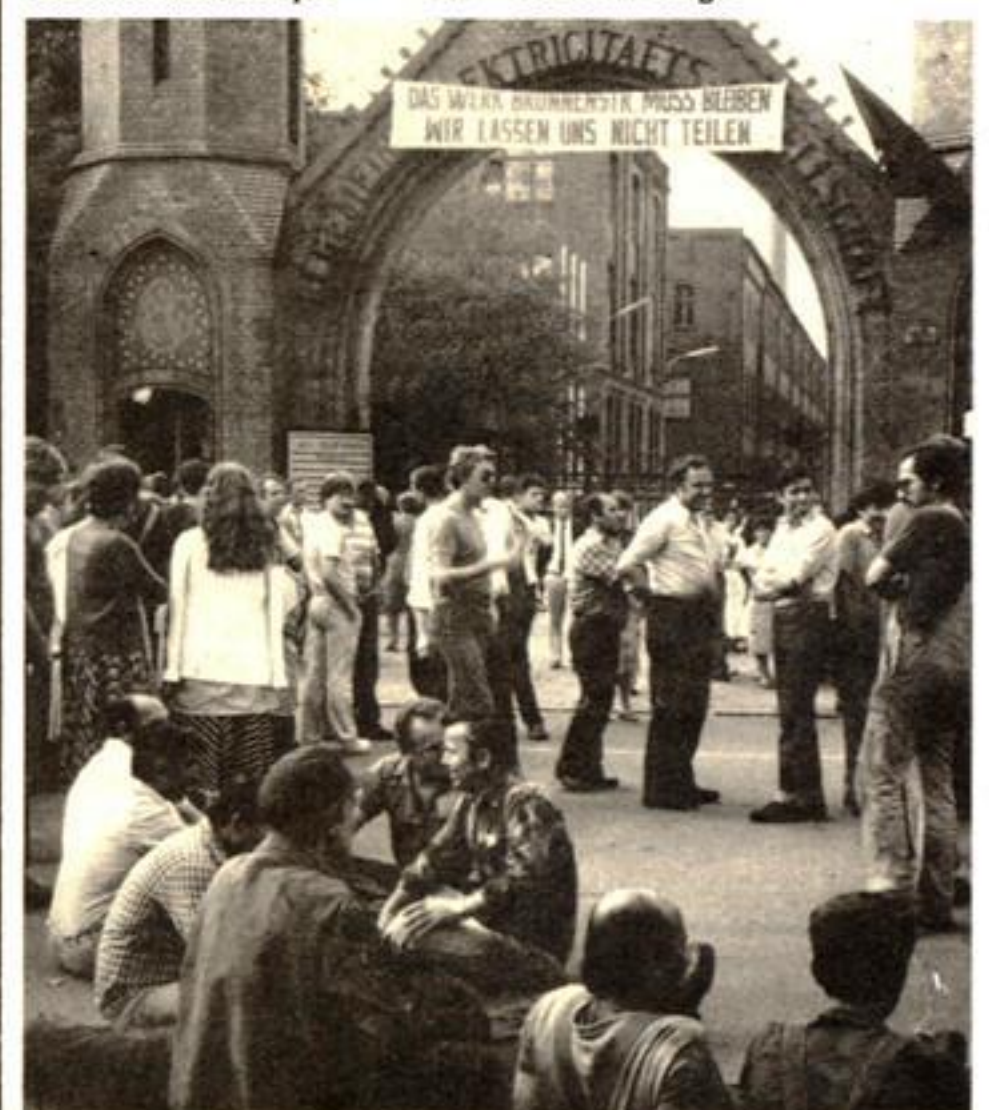
AEG-Telefonen A4
z. Hd. Herrn Elsebrock
Steinhöft 9
2000 Hamburg 11
Durchsicht an die IGM:
Industriegewerkschaft Metall
Verwaltungsstelle
Besenbinderhof 60
2000 Hamburg 1

Hausverbot — für den Gerichtsvollzieher

Nun zeigt sich, wie ein Großkonzern in diesem Land mit Justizorganen umspringen kann. Zweimal wird der Gerichtsvollzieher einfach zurückgewiesen, indem man ihm erzählt, die AEG habe eine Einigung mit Uwe Zabel erreicht. Beim dritten Mal wird dem Gerichtsvollzieher sogar Hausverbot erteilt — die AEG-Bosse berufen sich dabei auf ihr Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung. Zur gleichen Zeit machen sie Uwe Zabel ein neues Angebot: Er soll jetzt in Wechselschicht von jeweils zwölf Stunden als Werkschutzmann arbeiten (auch dies ein eindeutiger Verstoß gegen das erwähnte Gerichtsurteil, das Weiterbeschäftigung „zu unveränderten Bedingungen“ vorsah). Dem Betriebsrat wird eine entsprechende Änderungskündigung vorgelegt, die mit Arbeitsmangel im Schiffbau begründet wird. Der Betriebsrat

rungskündigung notwendig, und während der sechswöchigen Kündigungsfrist hätte der Konzern weiter die Zwangsgelder von 500 Mark täglich zu zahlen. Uwe Zabel erwägt darüber hinaus, einen Beugehaftbeschuß gegen den AEG-Boss Dürr zu erwirken.

Bei der Hamburger AEG sind in der letzten Zeit viele Protestschreiben eingegangen, vom Vertrauensleutkörper der



Belegschaftsprotest bei AEG in Westberlin

Der 9. November und die Räte

Genossen, unser heutiger Parteitag, der ja, wie ich glaube mit Stolz sagen zu dürfen, der konstituierende Parteitag der einzigen revolutionären sozialistischen Partei des deutschen Proletariats ist, dieser Parteitag fällt zusammen durch Zufall oder vielmehr, wenn ich eigentlich recht sagen soll, nicht durch Zufall, mit dem Wendepunkt in der Entwicklung der deutschen Revolution selbst. Man kann behaupten, daß mit den Vorgängen der letzten Tage die Anfangsphase der deutschen Revolution abgeschlossen ist, daß wir jetzt in ein zweites weiteres Stadium der Entwicklung treten, und es ist unser aller Pflicht und zugleich die Quelle einer besseren tieferen Erkenntnis für die Zukunft, Selbstkritik zu üben, eine nachdenkliche kritische Prüfung des Geleisteten, Geschaffenen und Versäumten vorzunehmen, um die Handhaben für unser weiteres Vorgehen zu gewinnen. Wir wollen einen prüfenden Blick auf die eben abgeschlossene erste Phase der Revolution werfen!

Ihr Ausgangspunkt war der 9. November. Der 9. November war eine Revolution voller Unzulänglichkeiten und Schwächen. Das ist kein Wunder. Es war die Revolution, die nach den vier Jahren des Krieges gekommen ist, nach den vier Jahren, in denen das deutsche Proletariat dank der Erziehungsschule der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften ein solches Maß von Schmach und Verleugnung seiner sozialistischen Aufgaben an den Tag gelegt hat, wie sich dafür in keinem anderen Lande uns ein Beispiel bietet. Man kann nicht erwarten, wenn man auf dem Boden historischer Entwicklung steht — und das tun wird gerade als Marxisten und Sozialisten —, daß man in dem Deutschland, das das furchtbare Bild des 4. August und der vier Jahre darauf geboten hat, plötzlich am 9. November 1918 eine großartige, klassen- und zielbewußte Revolution erlebt; und was wir am 9. November erlebt haben, war zu drei Vierteln mehr Zusammenbruch des bestehenden Imperialismus als Sieg eines neuen Prinzips. (Zustimmung). Es war einfach der Moment gekommen, wo der Imperialismus wie ein Koloß auf tönernen Füßen, innerlich morsch, zusammenbrechen mußte; und was darauf folgte, war eine mehr oder weniger chaotische, planlose, sehr wenig bewußte Bewegung, in der das einigende Band und das bleibende, das rettende Prinzip nur in der Losung zusammengefaßt war: die Bildung der Arbeiter- und Soldatenräte. Das ist das Stichwort dieser Revolution, das ihr sofort das besondere Gepräge der proletarischen sozialistischen Revolution gegeben hat — bei allen Unzulänglichkeiten und Schwächen des ersten Moments, und wir sollen es nie vergessen, wenn man uns mit den Verleumdungen gegen die russischen Bolschewisten kommt, darauf zu antworten: wo habt ihr das Abc eurer heutigen Revolution gelernt? Von den Russen habt ihr's geholt: die Arbeiter- und Soldatenräte (Zustimmung); und jene Leuten, die heute als ihr Amt betrachten, an der Spitze der deutschen sogenannten sozialistischen Regierung die russischen Bolschewisten zu meucheln, Hand in Hand mit den englischen Imperialisten, sie fußen ja formell gleichfalls auf Arbeiter- und Soldatenräten, und sie müssen



65 Jahre nach der Gründung der KPD — Nach dem Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg — Nach dem Niedergang der deutschen Novemberrevolution

"Der Geburtsschrei der Revolution: Arbeiter- und Soldatenräte"

Aus der Rede Rosa Luxemburgs zum Programm der KPD, gehalten auf dem Gründungsparteitag am 31. Dezember 1918

Vor 65 Jahren, mitten in den Kämpfen der Novemberrevolution, wurde die Kommunistische Partei Deutschlands gegründet. Ein geschichtlicher Vorgang, der am Ende eines Prozesses stand, dessen letzte Etappe mit der schweren Niederlage des 4. August 1914 begonnen hatte. Die Zustimmung der SPD zu den kaiserlichen Kriegskrediten im August 1914 fand 1918/19 ihre Fortsetzung in der Berufung der Regierung Ebert-Scheidemann, die mit sozialistischen Phrasen die Revolution abwürgen sollten. Erst viel später als in jenen Tagen ließ sich endgültig absehen, daß zum Zeitpunkt der Gründung der KPD diese Schlacht für die Arbeiterklasse bereits verloren war. Rosa Luxemburgs Rede zur Verabschiedung des Parteiprogramms stellte ohne Zweifel einen Höhepunkt, nicht nur der Arbeiten dieses Gründungsparteitags selbst, sondern auch der Entwicklung der revolutionä-

ren Arbeiterbewegung in Deutschland schlechthin dar. In ihrer Analyse des Trennungsprozesses von der Sozialdemokratie und deren Rolle in der Novemberrevolution, in ihrer Verteidigung des sowjetischen Räte-modells, in ihrer Analyse von Massenstimmung und -bewußtsein und dem Wirken der Partei sowie in ihren — notwendigerweise begrenzten, da mitten in der Entwicklung vorgenommenen — Betrachtungen zur Entwicklung der Novemberrevolution bleibt diese Rede bis auf den heutigen Tag von historischem Wert, aber auch von aktuellem Wert für unsere Partei und für die heutige Arbeiterbewegung. Mit diesen Auszügen beginnen wir eine kleine Reihe von Artikeln, die der Auswertung jener nun 65 Jahre vergangenen Ereignisse dienen soll und der Darstellung der Schlußfolgerungen für unsere Partei, die sich 50 Jahre später bewußt in der Tradition der KPD gründete.

damit bekennen: die russische Revolution war es, die die ersten Losungen für die Weltrevolution ausgegeben hat. Wir können sicher sagen — und das ergibt sich aus der ganze Lage von selbst —: in welchem Lande auch nach Deutschland die proletarische Revolution zum Durchbruch kommt, ihre erste Geste wird die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten sein. („Sehr richtig!“)

Gerade darin haben wir das einigende internationale Band unseres Vorgehens, das ist das Stichwort, das unsere Revolution vollständig von allen früheren bürgerlichen Revolutionen scheidet, und es ist sehr charakteristisch für die dialektischen Widersprüche, in denen sich diese Revolution, wie alle Revolutionen übrigens, bewegt, daß sie schon am 9. November, als sie ihren ersten Schrei, gewissermaßen ihren Geburtsschrei ausstieß, das Wort gefunden hat, das uns fortleitete bis in den Sozialismus: Arbeiter- und Soldatenräte, dieses Wort, um das sich alles gruppierte — und daß die Revolution dieses Wort instinktiv gefunden hat, trotzdem sie am 9. November so sehr zurück war, daß sie vor Unzulänglichkeiten, vor Schwächen, vor Mangel an eigener Initiative und Klarheit über ihre Aufgaben es fertiggebracht hat, beinahe am zweiten Tage nach der Revolution die Hälfte der Machtmittel sich wieder aus der Hand entgleiten zu lassen, die sie am 9. November erhoben hatte. Darin zeigt sich einerseits, daß die heutige Revolution unter dem übermächtigen Gesetz der historischen Notwendigkeit steht, welches die Bürgschaft enthält, daß wir Schritt um Schritt an unser Ziel gelangen werden trotz aller Schwierigkeiten, Verwicklungen und eigener Gebrechen; andererseits aber

muß man sagen, wenn man diese klare Losung mit der unzulänglichen Praxis vergleicht, die sich an sie geknüpft hat: es waren eben die ersten Kinderschritte der Revolution, die noch Ge-

waltiges zu leisten und einen weiten Weg zu gehen hat, um heranzuwachsen zur völligen Verwirklichung ihrer ersten Losungen.

Parteigenossen, die erste

Phase vom 9. November bis zu den letzten Tagen ist charakterisiert durch Illusionen nach allen Seiten hin. Die erste Illusion des Proletariats und der Soldaten, die die Revolution gemacht ha-

ben, war: die Illusion der Einigkeit unter dem Banner des sogenannten Sozialismus. Was kann charakteristischer sein für die innere Schwäche der Revolution des 9. November als ihr erstes Ergebnis, daß an die Spitze der Bewegung Elemente getreten sind, die zwei Stunden vor Ausbruch der Revolution ihr Amt darin erblickten, gegen sie zu hetzen („Sehr richtig!“), sie unmöglich zu machen: die Ebert-Scheidemann mit Haase! Die Idee der Vereinigung der verschiedenen sozialistischen Strömungen unter dem allgemeinen Jubel der Einigkeit, das war das Motto der Revolution vom 9. November — eine Illusion, die sich blutig rächen sollte und die wir erst in den letzten Tagen ausgelebt und ausgeträumt haben; eine Selbsttäuschung auch auf Seiten der Ebert-Scheidemann und auch der Bourgeois in diesem abgeschlossenen Stadium, daß sie mittels der Kombination Ebert-Haase, der sogenannten sozialistischen Regierung, in Wirklichkeit die proletarischen Massen im Zügel halten und die sozialistische Revolution werde erdrosseln können, und die Illusion auf Seiten der Regierung Ebert-Scheidemann, daß sie mit Hilfe der soldatischen Massen von den Fronten die Arbeitermassen in ihrem sozialistischen Klassenkampf niederhalten könnte. Das waren die verschiedenartigen Illusionen, aus denen sich auch die Vorgänge der letzten Zeit erklären lassen. Sämtliche Illusionen sind in nichts zerronnen. Es hat sich gezeigt, daß die Vereinigung von Haase mit Ebert-Scheidemann unter dem Schilde des „Sozialismus“ in Wirklichkeit nichts anderes bedeutete als ein Feigenblatt auf eine rein konterrevolutionäre Politik, und wir haben erlebt, daß wir von dieser Selbsttäuschung geheilt wurden wie in allen Revolutionen. Es gibt eine bestimmte revolutionäre Methode, das Volk von seinen Illusionen zu kurieren, diese Kur wird aber leider mit dem Blute des Volkes erkaufte. Genau wie in allen früheren Revolutionen so auch hier. Es war das Blut der Opfer in der Chausseestraße am 6. Dezember, es war das Blut der gemordeten Matrosen am 24. Dezember, das die Erkenntnis und die Wahrheit für die breiten Massen besiegelt hat: was ihr da zusammengeleimt habt als eine sogenannte sozialistische Regierung, ist nichts anderes als eine Regierung der bürgerlichen Konterrevolution, und wer diesen Zustand weiter duldet, der arbeitet gegen das Proletariat und gegen den Sozialismus. („Sehr gut!“)

(...)

Alle Macht den Räten!

Daraus ergibt sich, was wir zu tun haben, um die Voraussetzungen des Gelingens der Revolution zu sichern, und ich möchte unsere nächsten Aufgaben deshalb dahin zusammenfassen: wir müssen vor allen Dingen das System der Arbeiter- und Soldatenräte, in der Hauptsache das System der Arbeiterräte in der Zukunft ausbauen, nach allen Richtungen hin. Was wir am 9. November übernommen haben, sind nur schwache Anfänge und nicht bloß das. Wir haben in der ersten Phase der Revolution sogar große Machtmittel wieder verloren. Sie wissen, daß ein fortgesetzter Abbau des Arbeiter- und Soldatenräte-Systems durch die Gegenrevolution vorgenommen worden ist. In Hessen sind die Arbeiter- und Soldatenräte durch die konterrevolutionäre Regierung überhaupt aufgehoben worden, an



anderen Stelle werden ihnen die Machtmittel aus der Hand gerissen. Wir müssen deshalb nicht bloß das Arbeiter- und Soldatenräte-System ausbauen, sondern auch die Landarbeiter und Kleinbauern in dieses System der Räte einführen. Wir müssen die Macht ergreifen, wir müssen uns die Frage der Machtergreifung vorlegen als die Frage: was tut, was kann, was soll jeder Arbeiter- und Soldatenrat in ganz Deutschland? („Bravo!“) Dort liegt die Macht, wir müssen von unten auf den bürgerlichen Staat aushehlen, indem wir überall die öffentliche Macht, Gesetzgebung und Verwaltung nicht mehr trennen, sondern vereinigen, in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte bringen.

Parteienossen, das ist ein gewaltiges Feld, das zu beackern ist. Wir müssen vorbereiten von unten auf, den Arbeiter- und Soldatenräten eine solche Macht geben, daß, wenn die Regierung Ebert-Scheidemann oder irgendeine ihr ähnliche gestürzt wird, dies dann nur der Schlußakt ist. So soll die Machteroberung nicht eine einmalige, sondern eine fortschreitende sein, indem wir uns hineinpresse in den bürgerlichen Staat, bis wir alle Positionen besitzen und sie mit Zähnen und Nägeln verteidigen. Und der ökonomische Kampf, auch er soll nach meiner Auffassung und der Auffassung meiner nächsten Parteifreunde durch die Arbeiterräte geführt werden. Auch die Leitung der ökonomischen Auseinandersetzung und die Hinüberleitung dieser Auseinandersetzung in immer größere Bahnen soll in den Händen der Arbeiterräte liegen. Die Arbeiterräte sollen alle Macht im Staate haben. Nach dieser Richtung hin haben wir in der nächsten Zeit zu arbeiten, und daraus ergibt sich auch, wenn wir uns diese Aufgabe stellen, daß wir mit einer kolossalen Verschärfung des Kampfes in der nächsten Zeit zu rechnen haben. Denn hier gilt es, Schritt um Schritt, Brust an Brust zu kämpfen in jedem Staat, in jeder Stadt, in jedem Dorf, in jeder Gemeinde, um alle Machtmittel des Staates, die der Bourgeoisie Stück um Stück entrissen werden müssen, den Arbeiter- und Soldatenräten zu übertragen. Dazu müssen aber auch unsere Parteienossen, dazu müssen die Proletarier erst geschult werden. Auch dort, wo Arbeiter- und Soldatenräte bestehen, fehlt noch das Bewußtsein dafür, wozu die Arbeiter- und Soldatenräte berufen sind. („Sehr richtig!“) Wir müssen die Massen erst darin schulen, daß der Arbeiter- und Soldatenrat der Hebel der Staatsmaschine nach allen Richtungen hin sein soll, daß er jede Gewalt übernehmen muß und sie alle in dasselbe Fahrwasser der sozialistischen Umwälzung leiten muß. Davon sind auch noch diejenigen Arbeitermassen, die schon in den Arbeiter- und Soldatenräten organisiert sind, meilenweit entfernt, ausgenommen natürlich einzelne kleinere Minderheiten von Proletariern, die sich ihrer Aufgabe klar bewußt sind. Aber das ist nicht ein Mangel, sondern das ist gerade das Normale. Die Masse muß, indem sie Macht ausübt, lernen, Macht auszuüben. Es gibt kein anderes Mittel, ihr das beizubringen. Wir sind nämlich zum Glück über die Zeiten hinaus, wo es hieß, das Proletariat sozialistisch schulen. — Diese Zeiten scheinen für die Marxisten von der Kautskyschen Schule bis auf den heutigen Tag noch zu existieren. Die proletarischen Massen sozialistisch schulen, das heißt: ihnen Vorträge halten und Flugblätter und Broschüren verbreiten. Nein, die sozialisti-

sche Proletarierschule braucht das alles nicht. Sie werden geschult, indem sie zur Tat greifen. („Sehr richtig!“) Hier heißt es: Im Anfang war die Tat; und die Tat muß sein, daß die Arbeiter- und Soldatenräte sich berufen fühlen und es lernen, die einzige öffentliche Gewalt im ganzen Reich zu werden. Nur auf diese Weise können wir den Boden so unterminieren, daß er reif wird zum Umsturz, der dann unser Werk zu krönen hat. Und deshalb, Parteienossen, war es auch nicht ohne klare Berechnung und ohne klares Bewußtsein, wenn wir Ihnen gestern ausführten, wenn ich speziell Ihnen sagte: Machen Sie sich den Kampf nicht weiter so bequem! Von einigen Genossen ist es falsch dahin aufgefaßt worden, als hätte ich angenommen, sie wollten bei der Boykottierung der Nationalversammlung mit verschränkten Armen stehen. Nicht im Traum ist mir das eingefallen. Ich konnte bloß nicht mehr auf die Sache eingehen; in dem heutigen Rahmen und Zusammenhang habe ich die Möglichkeit. Ich meine, die Geschichte macht es uns nicht so bequem, wie es in den bürgerlichen Revolutionen war, daß es genügte, im Zentrum die offizielle Gewalt zu stürzen und durch ein paar oder ein paar Dutzend neue Männer zu ersetzen. Wir müssen von unten auf arbeiten, und das entspricht gerade dem Massencharakter unserer Revolution bei den Zielen, die auf den Grund und Boden der gesellschaftlichen Verfassung gehen, das entspricht dem Charakter der heutigen proletarischen Revolution, daß wir die Eroberung der politischen Macht nicht von oben, sondern von unten machen müssen. Der 9. November war der Versuch, an der öffentlichen Gewalt, an der Klassenherrschaft zu rütteln — ein schwächlicher, halber, ungewohnter, chaotischer Versuch. Was jetzt zu machen ist, ist, mit vollem Bewußtsein die gesamte Kraft des Proletariats auf die Grundfesten der kapitalistischen Gesellschaft zu richten. Unten, wo der einzelne Unternehmer seinen Lohnsklaven gegenübersteht, unten, wo sämtliche ausführenden Organe der politischen Klassenherrschaft gegenüber den Objekten dieser Herrschaft, den Massen stehen, dort müssen wir Schritt um Schritt den Herrschenden ihre Gewaltmittel entreißen und in unsere Hände bringen. Wenn ich es so schildere, nimmt sich der Prozeß vielleicht etwas langwieriger aus, als man gemeint wäre, ihn sich im ersten Moment vorzustellen. Ich glaube, es ist gesund für uns, wenn wir uns mit voller Klarheit alle Schwierigkeiten und Komplikationen dieser Revolution vor Augen führen. Denn ich hoffe, wie auf mich, so wirkt auch auf keinen von Euch die Schilderung der großen Schwierigkeiten, der sich auftürmenden Aufgaben dahin, daß Ihr etwa in Eurem Eifer oder Eurer Energie erlahmt; im Gegenteil: je größer die Aufgabe, um so mehr werden wir alle Kräfte zusammenfassen; und wir vergessen nicht: die Revolution versteht ihre Werke mit ungeheurer Geschwindigkeit zu vollziehen. Ich übernehme es nicht, zu prophezeien, wieviel Zeit dieser Prozeß braucht. Wer rechnet von uns, wen kümmert das, wenn nur unser Leben dazu ausreicht, es dahin zu bringen! Es kommt nur darauf an, daß wir klar und genau wissen, was zu tun ist; und was zu tun ist, hoffe ich mit meinen schwachen Kräften Ihnen einigermaßen in den Hauptzügen dargelegt zu haben. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Die „Januar-Kämpfe“ 1919 in Berlin

Die Bewertung der Entwicklung vom 9. November 1918 bis zum Jahresende, bis zum Beschluß einer zu wählenden Nationalversammlung anstelle der Räte die Macht zu übergeben, ist in der nebenstehenden Rede Rosa Luxemburgs enthalten. Es war der Kampf zwi-

schen dem Fortgang der Revolution bis zum Sozialismus und der Erhaltung eines bürgerlich-demokratischen Staates, der von der SPD mit aller Macht (und aller blutigen Gewalt) verfochten wurde.



Die große Demonstration der bewaffneten Berliner Arbeiterschaft hatte am 24. Dezember 1918 einen gewissen Stim-

mungsumschwung gegen die SPD und die von ihr organisierten Freikorps zur Folge



Wilhelm Pieck spricht auf der größten Kundgebung der deutschen Geschichte am 6. Januar 1919



Ein Bild der Januarkämpfe in Berlin

Nachdem im Dezember verschiedene Versuche der Reaktion und der mit ihr in diesem Abschnitt total verbundenen SPD-Führung, durch militärische Überfälle auf revolutionäre Truppenteile oder bewaffnete Arbeiter diese zu provozieren und zu vernichten, kam es Anfang Januar zu einer entscheidenden Provokation.

Der Berliner Polizeipräsident Eichhorn, Mitglied der SPD und vom Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in sein Amt eingesetzt, wurde entlassen — vom Innenminister und seinen kaiserlichen Beamten.

Es ging zum einen darum, einen Polizeipräsidenten loszuwerden, der sich eben nicht, wie sein Parteigenosse Noske zum „Bluthund“ machen lassen wollte. Und es ging im grundsätzlichen darum, zu demonstrieren, daß der Berliner Vollzugsrat keine Macht mehr besaß.

Diese Provokation war von General Groener gemeinsam mit Ebert und Co. organisiert worden, Freiwilligenkorps waren dafür seit Weihnachten an die Berliner Stadtgrenze herangebracht worden.

Am 4. Januar wurde Eichhorn entlassen. Auf der zum selben Zeitpunkt stattfindenden Sitzung des Berliner Zentralvorstandes der USP und der revolutionären Obleute wurde eine Protestdemonstration der Berli-

ner Arbeiterschaft gegen diese Maßnahme beschlossen. Diesem Beschluß schloß sich die KPD (Spartakusbund) an. Im gemeinsamen Aufruf der drei Organisationen an die Berliner Arbeiterschaft hieß es: „Zeigt den Gwaltahern von heute eure Macht, zeigt, daß der revolutionäre Geist der Novembertage in euch noch nicht erloschen ist!“

Im Ergebnis kam es zur bis dahin mit Abstand größten Demonstration der deutschen Geschichte. Hunderttausende zogen durch die Straßen Berlins.

Der Demonstrationzug kam gerade dann zum Polizeigebäude, als Eichhorn mit Waffengewalt daraus vertrieben werden sollte — er weigerte sich, seinen Amtssitz zu verlassen, er weiche auch nicht der Gewalt, sondern nur dem Beschluß des Berliner Vollzugsrates, wenn dieser ihn absetzen wolle. Das Erscheinen der Demonstranten „überredete“ die mit der Absetzung Beauftragten, ihr Glück nicht weiter zu versuchen.

Nun: Ebert und Scheidemann hätten diesen Weg gehen können, denn im Vollzugsrat gab es eine Mehrheit der rechten SPD. Aber das Entscheidende war: sie wollten es nicht, weder sie noch ihre Hintermänner. Sie wollten nicht nur Eichhorn loshaben, sie wollten die Arbeiterbewegung unterdrücken.

In dieser Situation wurde von den Revolutionären ein Re-

volutionausschuß geschaffen, der den Sturz der Regierung organisieren sollte. Ein Beschluß, der gegen die Stimmen prominenter USP-Funktionäre wie Müller und Däumig gefaßt wurde. Aber nur Karl Liebknecht drang darauf, daß dieser Ausschuß auch aktiv werde, wirklich die Bewaffnung der Arbeitermassen vorantreiben und den Kampf organisieren. Die rechte SPD-Führung rief für den 6. Januar zu einer Gegendemonstration zum Vortage auf, unter dem Motto „Jetzt ist unsere Geduld zu Ende“. Daran beteiligte sich nicht ein Zehntel der Menge vom Vortage. Dieser Aufruf war eine einzige Mordhetze gegen Spartakus. Im Hintergrund fand an diesem Tag dann auch jene Besprechung statt, auf der Noske seinen berühmten Satz sagte: „Einer muß der Bluthund werden! Ich scheue die Verantwortung nicht!“

In Berlin wurden an diesem Tag zahlreiche Einrichtungen von der Arbeiterschaft besetzt, in vielen anderen Städten fand dies sofort Nachahmer.

Am 7. Januar schrieb Rosa Luxemburg in der „Roten Fahne“: „Mag sein, daß die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft gründlich und ausgiebig beraten. Jetzt gilt es aber zu handeln!“

Die Ebert-Scheidemann verzetteln ihre Zeit nicht mit Beratungen. Sie bereiten im Stillen mit der üblichen Energie und

Umsicht der Konterrevolutionäre ihre Zettelungen vor, sie schleifen ihr Schwert, um die Revolution zu überrumpeln, zu meucheln. (...)

Handeln! Handeln! Mutig, entschlossen, konsequent — das ist die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der revolutionären Obleute und der ehrlich-sozialistischen Parteiführer. Die Gegenrevolution entwaffnen, die Massen bewaffnen, alle Machtpositionen besetzen. Rasch handeln! Die Revolution verpflichtet.“

Die Offensive der von der SPD-Regierung mobilisierten bürgerlichen Truppen begann am 8. Januar in Berlin.

Am 11. Januar wurden das „Vorwärts“-Gebäude sowie eine Anzahl weiterer zentraler Punkte gestürmt. In den vier entscheidenden Kampftagen, die mit der Artilleriebeschießung des Präsidiums endeten, starben mehrere Hundert Menschen, viele von ihnen wurden als Gefangene von der Freikorps-Soldateska ermordet. Auch die reaktionären Truppen, die die SPD mobilisiert hatte, verloren weit über Hundert Mann.

So wurde in den Januarkämpfen in Berlin die revolutionäre Arbeiterschaft geschlagen, geschlagen von kaiserlichen Truppen und dem Freikorps-Abschaum, den die SPD gerufen hatte — und vor dem ihre eigenen Führer wenig später türmen mußten...

Starke Worte

Liebe Genossen Redakteure!

1. Vor etwa zwei Monaten kritisierte einer meiner Kollegen, dem ich den Roten Morgen gab, daß sich der Redakteur etwas vormache, zu starke Worte benutze.

Daraufhin achtete ich verstärkt auf solche Erscheinungen.

Den Anstoß zu diesem Leserbrief gab mir der RM 49/83. Dort heißt es im Leitartikel unter der Überschrift „Korruption wird zum Gesetz“ unter anderem: „ungeheure Skrupellosigkeit“, „Bonner Schmierentheater“, „unverschämte Diätenhöhung“, „Geldgier (...) damit noch nicht gestillt“, „die KPD hat diesem korrupten Ausbeutersystem den Kampf angesagt“, „kämpfen wir um die Verteidigung aller bisher erkämpften Rechte (...) die die Rechtsregierung den Werktätigen rauben will. Jeder der die Nase voll hat von dem Bonner Schmierentheater, reichen wir die Hand: Macht mit bei uns, damit für diese Leute endlich der Vorhang fällt.“

Sicher — diese Ausdrücke sind im einzelnen nicht sachlich falsch. Doch insgesamt ist das zu stark aufgetragen.

Klar, den Kollegen, die empört sind über den Flick/Lambsdorff-Skandal, denen erste oder weitere Zweifel am Parlament als Volksvertretung kommen, reichen wir die Hand.

Ob obiger Stil aber dazu angetan ist, muß bezweifelt werden. Und der Genosse Koch setzt noch einen drauf, wenn er schreibt: „Der IV. Parteitag hat sicher den Weg freigeschossen für die Entwicklung der Einheitsfrontpolitik der Partei.“

Genossen, wir haben so etwas nicht nötig! Die Wirklichkeit stellt gerade im Fall Flick/Lambsdorff eindeutig dar, wer wen zu was nutzt oder benutzt. Im Artikel von Dietrich Lohse zu diesem Thema wird das dann auch gut kommentiert. Für nützlich halte ich den Abdruck von Zitaten, Daten usw., die dann aber Quellenangaben enthalten müssen — schließlich reicht es (leider) oft nicht, den RM als Quelle anzugeben.

Gegen die Radikalität der Worte, die Wirklichkeit ist radikal genug! 2. Den Erscheinungen des Kapitalismus den Sozialismus entgegenzustellen, ist notwendig. Das gelingt am praktischen Beispiel sicher besser als nur theoretisch.

Der Artikel aus „Neues Albanien“ (RM 50/83) belegt die albanische Krisenlosigkeit nicht.

Mit Angaben wie „Das finanzielle Gesamteinkommen wuchs um rund 9 Prozent“, „... Überschuß von 50 Millionen Lek...“ kann wohl keiner etwas anfangen. Ohne Bezugsgrößen (was ist 100 Prozent, in welchem Zeitraum fand die Veränderung statt), ohne Angaben des Umrechnungskurses in bekannte Währungen kann der Leser sich keine Vorstellungen vom Ausmaß der Veränderungen machen.

Es würde mich freuen, von anderen Lesern oder auch von der Redaktion Meinungen dazu zu hören. Für 1984 wünsche ich mir, daß wir den RM immer besser gerade für unsere Arbeit im Betrieb nutzen können.

Grüß aus HH
pr



Nur zwei Beispiele von vielen

Plakate

Liebe Genossen, auch bei uns weihnachtet es sehr und es ist hier alles sehr, sehr ruhig. Auch unsere KPD-Plakate hängen seit Anfang Dezember und tun ihre Wirkung. Als Leser des Roten Morgen (seit Jahren!) wünsche ich euch, daß die Zeitung trotz kleinerer Besetzung nicht an Qualität verliert. 1984 wird es in sich haben. Jetzt ist noch die Ruhe — vor dem Sturm. Mit kommunistischem Gruß Paul (Aachen)

Laurent, Etienne und Olivier frei!

Unter dem Vorwurf, einen Aufruf für den Rückzug aller fremden Truppen aus beiden Teilen Deutschlands, darunter auch der französischen Truppen aus der Bundesrepublik, verteilt zu haben, wurden im Herbst 1983 drei französische Soldaten in Kehl und Trier verhaftet. Jetzt wurden sie freigelassen. Wie es dazu kam, wird in einem Rundbrief des Solidaritätskomitees geschildert, den auch die RM-Redaktion erhielt.

Liebe Freundel

Mit diesem Schreiben möchten wir Euch nochmals herzlich danken für Eure tatkräftige Solidarität mit den drei verhafteten französischen Soldaten Laurent Fritz, Olivier Lecour-Grandmaison und Etienne Patoor. Durch die Vielzahl Eurer spontanen Initiativen konnte erreicht werden,

daß Laurent, Etienne und Olivier jetzt aus der Untersuchungshaft entlassen wurden.

• Laurent Fritz und Olivier Lecour-Grandmaison wurden am 24. November freigelassen. Laurent ist zum Pionierregiment nach Trier versetzt worden; Olivier zu einer Jäger-einheit nach Villigen.

• Etienne Patoor wurde am 9. Dezember freigelassen, nachdem sein Anwalt zum dritten Mal einen entsprechenden Antrag vor dem Militärtribunal in Landau gestellt hatte. Er wurde nach Donaueschingen zu einem Infanterieregiment versetzt.

Sieg der Solidaritätsbewegung

Die Freilassung ist ein Erfolg für die Friedensbewegung und die in ihr wirkenden Solidaritätskomitees, in Frankreich wie in der Bundesrepublik.

• In der BRD wurden bis zum 20. Dezember 6392 Unterschriften gesammelt. Die Soldaten haben im Gefängnis zahlreiche Solidaritätsadressen, Telegramme, Briefe u. a. erhalten. Lokale Friedensinitiativen und Solidaritätskomitees organisierten am 11. November eine Protestaktion vor der französischen Botschaft in Bonn, bei der sie einem Botschaftsangehörigen eine schriftliche Protesterklärung überreichten und weitere Aktionen für den Fall ankündigten, daß die drei Soldaten nicht freigelassen würden. Eine ähnliche Aktion wurde am 12. Dezember vor dem französischen Konsulat in Berlin und in Mainz durchgeführt.

In Landau, Speyer, und Karlsruhe organisierten die örtlichen Solidaritätskomitees Infostände, Kundgebungen und Veranstaltungen. Die Bundesdelegiertenversammlung der Grünen hat am 19. November eine Solidaritätserklärung mit den Soldaten verabschiedet.

• In Frankreich haben sich überall Solidaritätskomitees gebildet, die für den 15. Dezember einen nationalen Aktionstag geplant hatten. Höhepunkt sollte eine Großveranstaltung in Paris sein. Nach Ansicht des nationalen Solidaritätskomitees in Paris steht die Freilassung von Etienne am 9.12. In Zusammenhang mit dem geplanten nationalen Aktionstag. Hinzu kommt, daß die Soldaten in den letzten Wochen vermehrt auch die Solidarität von sozialistischen Abgeordneten und von Gewerkschaftsorganisationen erfahren haben.

Wir danken allen Komitees, Organisationen und Initiativen für ihre Unterstützung; wir danken den Zeitungsredaktionen für die Öffentlichkeit, die sie hergesellt haben.

Prozesse

Nach diesem ersten Erfolg hat das nationale Solidaritätskomitee in Paris die Unterschriftensammlung eingestellt. Es konzentriert sich nun auf die Forderung nach Einstellung sämtlicher Verfolgungsmaßnahmen, vor allem der gerichtlichen Verfolgungen. Denn die drei Soldaten wurden zwar aus der Untersuchungshaft entlassen, der Prozeß steht ihnen aber noch bevor. Ein Termin dafür ist noch nicht in Aussicht. Das bedeutet, daß er wahrscheinlich nicht mehr im Januar 1984 stattfinden wird, wie ur-

sprünglich angenommen. Die französischen Komitees halten es sogar für möglich, daß die Regierung kein Interesse an einem Prozeß mehr hat. Nach Ablauf von 12 Monaten wäre die Frist dafür verjährt. Die Großveranstaltung, die am 15. Dezember in Paris stattfinden sollte, wurde abgesagt. Sie soll durchgeführt werden, wenn der Prozeß beginnt.

Schikanen gegen Etienne

Etienne Patoor hat dennoch weiter unter den Willkürmaßnahmen des französischen Militärs zu leiden. Da er am 1.10.1982 einberufen wurde, und der Wehrdienst in Frankreich 12 Monate dauert, mußte er eigentlich jetzt aus dem Wehrdienst entlassen werden. Er hatte zu Beginn seiner Soldatenzeit aber einmal einen Antrag auf zivilen Ersatzdienst in einem Entwicklungsland gestellt, den er dann jedoch wieder zurückzog. Der Ersatzdienst dauert in Frankreich 18 Monate. Seine Vorgesetzten nehmen diesen Antrag nun zum Anlaß, um zu begründen, daß er noch vier Monate dienen muß. Damit wäre gleichzeitig sein Forschungsstipendium in Frage gestellt, das ihm bereits bewilligt wurde und das er am 1. Januar 1984 antreten muß.

Gegen diese Schikane hat das nationale Solidaritätskomitee Protest eingelegt beim Verteidigungsministerium und beim Erziehungsministerium.

Wir schließen uns dem Protest an: Schreibt Protestbriefe an das Ministère de l'Education Nationale und an das Ministère de la Défense et des Armées in Paris!

Abschaffung des Militärtribunals!

Das französische Solidaritätskomitee plant eine Initiative von Rechtsanwälten, Menschenrechtsorganisationen und Juristen für die Abschaffung auch des letzten Militärtribunals in der französischen Armee, dem Tribunal in Landau. Sobald wir Näheres darüber wissen, werden wir Euch davon in Kenntnis setzen.

Die Unterschriftensammlung in den französischen Kasernen in der BRD für den Rückzug aller fremden Truppen aus beiden deutschen Staaten, besonders der französischen Truppen aus der BRD, wird weiter fortgesetzt.

Spenden

Selbst in dem bescheldenen Umfang, in dem die Solidaritätsarbeit bisher hier geleistet werden konnte, kostet sie Geld: Porto, Telefon, Druckkosten. Wir haben ein dickes Minus von ca. 800 DM. Bitte überweist uns eine Spende.

An: Angela Klein, PSchKto.-Nr. 79496-605, PSchA Frankfurt/M.

Danke!



Die hier abgebildete Karte, die uns aus Kiel zugeht, steht für zahlreiche Grüße und gute Wünsche von RM-Lesern zum Neuen Jahr.

Die Redaktion und alle Genossinnen und Genossen des Verlages und des zentralen Büros danken allen, die uns geschrieben haben. Wir werden uns auch im kommenden Jahr bemühen, unseren Aufgaben gerecht zu werden.

Abonniert die Wochenzeitung der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement(s) ...
ab Nr.

Die Zahlung erfolgt:
☐ jährlich 60 DM
☐ halbjährlich 30 DM

Name Vorname

Straße

PLZ/Ort

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.
Bankverbindungen: Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000 290
(Bankleitzahl 44050199) Postcheckkonto Dortmund 79600-461

☐ Ich lege Post-/Bankscheck bei über DM
☐ Ich habe den Betrag von DM an den Verlag überwiesen
☐ Ich bitte um Vorausrechnung

Ermächtigung zum Einzug von Spenden durch Lastschriften

An die
KPD
Wellingerhof Str. 103
4600 Dortmund 30

Hiermit ermächtige ich euch, widerruflich, monatlich eine Spende für den Roten Morgen in Höhe von DM zu Lasten meines Girokontos Nr.

bei (genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts)

Bankleitzahl

durch Lastschrift einzuziehen.

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

(Name, Vorname, genaue Anschrift)

Ort, Datum

Unterschrift

Arbeiterpolitik in Betrieb und Gewerkschaft

- unterstützt
- dokumentiert
- analysiert
- und kritisiert

ZEITUNG DER KPD

RM Verlag, Postfach 300526, 46 Dortmund 30



Leserbrief

Gleichgültig und ängstlich?

Wie ihr mit Sicherheit wißt, (auch bürgerliche Zeitungen berichteten) läuft am Oberlandesgericht Düsseldorf seit dem 12. Oktober ein Verfahren gegen Adelheid Schulz und Rolf Clemens Wagner (RAF) wegen der Entführung und Tötung von Schleyer. Auch seid ihr mit Sicherheit darüber informiert, daß die Gefangenen aus der RAF und Gefangene aus dem antiamerikanischen Widerstand mit immer verschärfteren Unterdrückungsmaßnahmen zu kämpfen haben, die unter anderem die Aufgabe erfüllen sollen, den kleinsten Widerstand gegen die unmenschlichen Haftbedingungen zu zerschlagen. So z. B. „wurde Bernd Rössner, der schon über 8 Jahre in Isolationshaft gehalten wird, nachdem er Anfang 1983 die Zusammenlegung mit der Gruppe in Celle gefordert hatte, für fünf Monate in eine Bunkerzelle mit vollständiger akustischer Isolierung ohne Fenster und ohne Frischluftzufuhr inhaftiert“. Doch über all diese Ereignisse (Prozesse gegen RAF-Genossen, Widerstand in Haftanstalten usw.) ist in dem Zentralorgan der KPD nicht die Bohne nachzulesen im Gegensatz zur Zeitung des BWKs.

Ich muß euch die Frage stellen, warum dies nicht geschieht. Für mich drückt dieses Nichtinformieren über diese Vorkommnisse eine gefährliche Gleichgültigkeit speziell gegenüber RAF-Genossen aus, die anscheinend erst dann liquidiert wird, wenn eigene Genossen mit solchen Problemen konfrontiert werden oder existiert etwa die Auffas-

sung, dies könnte nicht mehr der Fall sein? Auch drückt dies vielleicht eine Angst aus, daß — wenn man über solche Dinge berichtet — man gleichzeitig damit rechnen muß, unangenehme Fragen ausgesetzt zu sein, und somit gezwungen wäre, sich damit auseinanderzusetzen. Oder wo sind die Probleme zu suchen?

Für mich als Revolutionär ist es jedenfalls selbstverständlich, daß auch auf diesem Gebiet ein Unterschied zwischen einem RM und einer „UZ“ bzw. KPD und DKP erkennbar sein muß und nicht nur darin (provokierend ausgedrückt), daß im RM des öfteren über die „schlimmen“ Zustände in polnischen Gefängnissen etwas nachzulesen ist, sowie es für mich selbstverständlich ist, den Kampf,

den die RAF-Genossen in den Gefängnissen führen, mit den Mitteln, die mir zur Verfügung stehen, zu unterstützen. Da dies nur ein Leserbrief ist, kann ich dieses Thema nur oberflächlich anreißen, hoffe aber trotzdem, daß sich in Zukunft im RM in dieser Richtung etwas ändern wird. Außerdem finde ich es notwendig, daß dieser Brief im RM beantwortet wird, (muß eben mal eine „Weihnachts-Geschenktipp-Seite“ wegfallen). Mit sozialistischem Gruß Mi. H.

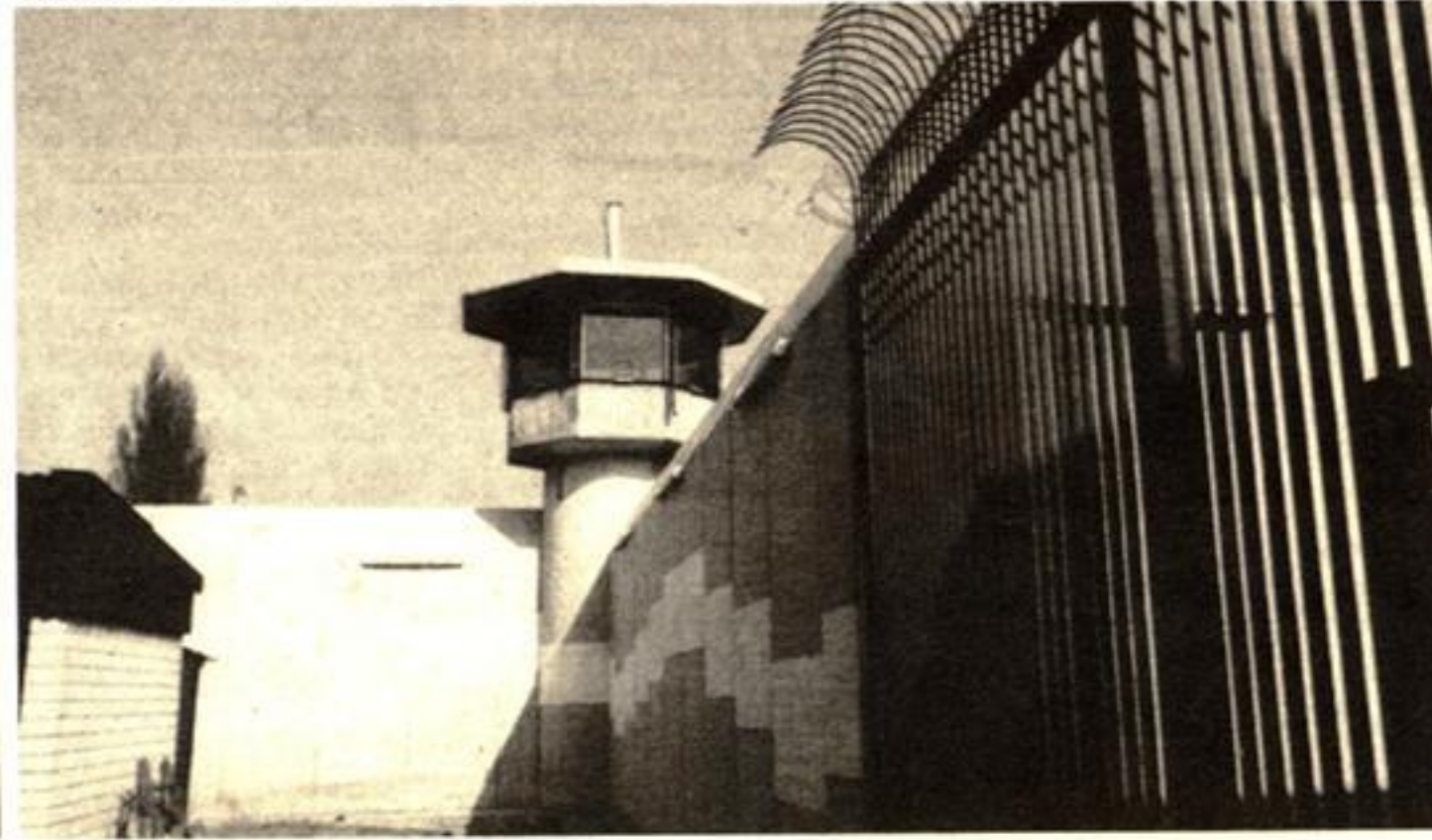
Antwort der Redaktion

Lieber Genosse! Deine Kritik ist berechtigt — über die aktuellen Prozesse und die neueste Entwicklung der Si-

tuation der betroffenen Gefangenen stand nichts im „Roten Morgen“. Das ist, auch wenn bei dem Umfang unserer Zeitung laufend ausgewählt und damit auch ausgesondert werden muß, sicher nicht richtig.

Der Grund dafür ist allerdings nicht die Angst vor Auseinandersetzung. Zu dem Kampf der Gefangenen, zur Politik der RAF — die wir für grundfalsch halten — usw. hat der „Rote Morgen“ sehr oft Stellung genommen. In der Hinsicht sind wir bestimmt nicht durch unangenehme Fragen in Verlegenheit zu bringen. Und auch über die Isolationshaft, in der wir eine moderne Methode des Folterns sehen, hat der „Rote Morgen“ zum Teil sehr ausführlich berichtet. Zu einigen 129a-Verfahren gab es auch in der letzten Zeit Artikel.

Wir werden uns bemühen, die Kritik in Zukunft zu beherzigen.



Im Dezember erhielten wir von der Hamburger GAL ein Informationsblatt mit dem Titel „Über 10 Jahre — Kampf gegen die Isolation“. Wir veröffentlichen Auszüge.

Das neue „Illegale Informationssystem“

Kurz nach den Verhaftungen von Adelheid Schulz und Brigitte Monhaupt wurde unter strengster Geheimhaltung eine bundesweite Zellenrazzia vom Bundeskriminalamt durchgeführt, angeordnet von der Bundesanwaltschaft. Einige Gefangene wurden mehrere Tage einer faktischen Kontaktsperre unterworfen, d. h. total isoliert untereinander und nach draußen. Nicht mal ihre Anwälte konnten sie benachrichtigen. Dabei wurden Gefangene körperlich mißhandelt.

Am 8.4.1983 hat das BKA erneut Zellenrazzien bei 32 Gefangenen durchgeführt, angeordnet vom Richter Gollwitzer vom BGH. Anlaß dieser Razzien war die lang vorbereitete Konstruktion eines neuen Straftatbestandes. Ziel war es, die Verschärfungen im Knast in ein rechtsstaatliches Mäntelchen zu packen, sie weiter zu forcieren. Sie sagen, es bestehe ein „illegales Informationssystem“ unter den Gefangenen und zu uns draußen. Als „Beweise“ haben sie packweise Material aus der Diskussion über die Zusammenlegung aus den Zellen geschleppt, also bereits zensierte Briefe, Zeitungsartikel usw.

Wieder waren die Gefangenen mehrere Tage lang wie unter den Bedingungen einer Kontaktsperre. „Beschuldigte“ in dem Verfahren „illegales Informationssystem“ sind 32 Gefangene gemeinsam mit Leuten draußen, bei denen gleichzeitig mit den Zellenrazzien, und auch danach, Hausdurchsuchungen waren (z. B. im Hamburger „Informationsbüro politische Gefangene“, bei Genossinnen in Stuttgart, Frankfurt...). Sie werden allesamt beschuldigt, drinnen und draußen eine neue „terroristische Vereinigung“ gegründet zu haben, nämlich die, die die Zusammenlegung diskutieren.

Drei Tage nach diesen Razzien wurde unsere Genossin Inge Krobs aus Frankfurt verhaftet. Inge ist eine Genossin aus dem antiamerikanischen Widerstand, die schon seit Jahren mit den Gefangenen kämpft, ihnen schreibt, sie besucht.

In ihrem Haftbefehl steht unter anderem: „... daß die Beschuldigte seit längerer Zeit Kontakte zu inhaftierten „RAF“-Angehörigen unterhält (...) sowie die wegen Unterstützung einer terroristischen Ver-

einigung inhaftierte Helga Roos besucht hat. Die Beschuldigte ist deshalb (!) dringend verdächtig, sich wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung strafbar gemacht zu haben...“

Die BAW vertritt die Kriminalisierung von uns draußen jetzt auch öffentlich: Anfang Juli fand die Halbjahrespressekonferenz der Bundesanwaltschaft statt. Rebmann verkündete dort, daß die Unterstützung der Forderung nach Zusammenlegung den „Verdacht der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ begründet. Medien wie die „Frankfurter Rundschau“ am 13.7. druckten dies kommentarlos ab. Andererseits herrscht über die Situation in den Knästen fast völlige Nachrichtensperre.

Die Konstruktion des „illegalen Informationssystems“ hat außer der Kriminalisierung ganz praktisch zur Folge: Briefe werden beschlagnahmt, Besuche werden abgebrochen, in den seltensten Fällen gehen noch Flugblätter, Kopien, Durchschriften oder extra geschickte Zeitungsartikel (selen sie auch aus der FAZ oder FR) an die Gefangenen durch. Stattdessen flattern uns immer öfter Beschlagnahmebeschlüsse ins Haus, daß dieser oder jener Brief als „Beweismittel“ für das „illegale Informationssystem“ an die BAW weitergeleitet wird. Bei manchen Gefangenen ist es so, daß sie als Post nur noch solche Beschlüsse bekommen.

Es wird darüber nicht nur die Diskussion über die Zusammenlegung blockiert, sondern auch alle sonstigen politischen Auseinandersetzungen, z. B. über die Friedensbewegung, die Kampagne „Stopp der Bombenzüge“, Krefeld, Startbahn-West, usw., usw.

Siegfried Haag z. B. bekommt die „taz“ nur noch ganz selten. Eine Beschlagnahmebeurteilung war z. B.: „die taz vom 27.7. gefährdet das Ziel des Vollzugs“, denn „insbesondere auf den Seiten (...) werden Blockadeaktionen lobend hervorgehoben bzw. wird für bevorstehende Aktionen geworben, die als Blockaden zumindest als Nötigung strafrechtlich von Bedeutung sind...“ Oder die Gefangenen im Hochsicherheitsstrakt in Celle bekommen die „Konkret“ nicht ausgehändigt, weil darin die NATO „herabgewürdigt“ würde.

Körperliche Angriffe und Mißhandlungen

Seit der Verhaftung von Brigitte Monhaupt, Adelheid Schulz und Christian Klar häuft sich die körperliche Folter, offen ausgesprochene Morddrohungen und sogenannte Hausstrafen gegen die Gefangenen. Ein besonders scharfes Beispiel dafür ist die Situation von Bernd Rössner. Bei den Razzien nach den Verhaftungen von Adelheid und Brigitte wurde er brutal zusammengeschlagen und CS-Gas ins Gesicht gesprüht — vom Sicherheitsinspektor Stohmeyer in Straubing persönlich.

Bernd hat als einer der ersten Gefangenen im Februar 1983 einen Antrag auf Zusammenlegung gestellt. Bernd will in die bereits bestehende Gruppe von vier politischen Gefangenen nach Celle.

Als Reaktion darauf wurde er im März 1983 in der JVA Frankenthal von einem Rollkommando mißhandelt und total zusammengeschlagen, angeblich weil er im Unterhemd sein Frühstück holen wollte. Im April kündigte das Justizministerium Rheinland-Pfalz seine Rückverlegung nach Straubing an, wo Bernd schon die letzten fünf Jahre seiner 8-jährigen Gefangenschaft isoliert war. Daraufhin trat Bernd in einen Schmutzstreik, d. h. er verrichtete seine tägliche Notdurft nicht mehr ins Klo, sondern auf den Fußboden der Zelle. Seit Beginn des Schmutzstreiks war Bernd zunächst in Frankenthal fünf Wochen lang — teilweise ohne Uhr — in einer Bunkerzelle eingesperrt. Einer völlig leeren, gänzlich weißgekachelten und grell neongelbten Zelle, die mit Heißluftumwälzung belüftet wurde. Nach seiner Rückverlegung im Mai 83 nach Straubing war Bernd ebenfalls im Bunker, der ständig unterkühlt ist.

Ein anderes Beispiel ist die Situation der Gefangenen in Celle, wo Bernd hin will. Lutz Tauber wurde von den anderen Gefangenen im Hochsicherheitsstrakt isoliert. Die anderen drei Gefangenen aus der Kleingruppe verweigerten daraufhin den Einschluß nach dem Hofgang mit der Forderung der sofortigen Aufhebung der Maßnahme.

Daraufhin wurden sie von einem Rollkommando von 30 Bullen mit brutaler Gewalt in die Zellen zurückschleppt. Nach zwei Wiederholungen dieses Vorgangs gab es dann für alle vier eine Woche Totalisolation. (...)

Verhinderung der politischen Verteidigung

Das fängt an mit dem vor Jahren schon eingeführten § 146 StPO, der

besagt, daß ein Anwalt nicht mehrere Personen verteidigen darf, die wegen eines selben Vorwurfs angeklagt sind. Das bedeutet, daß es immer schwieriger wird, genügend Anwälte für die sich häufenden Prozesse gegen den Widerstand zu finden.

Wahlverteidiger werden mit fadenscheinigen Begründungen — zu großer Anreizlosigkeit z. B. — verpflichtet. Das zielt gegen die materielle Grundlage der Anwälte, weil ihre Finanzierung und somit auch die Kontinuität der Verteidigung unmöglich gemacht wird.

Gegen den Vertrauensanwalt von Adelheid Schulz, Hannfried Mathies, soll ein Ehrengerichtsverfahren eingeleitet werden wegen seines Antrages auf Zusammenlegung von Adelheid mit anderen Gefangenen Frauen. Gegen ihn laufen schon zwei andere Ehrengerichtsverfahren und ein Strafverfahren. Das neue Verfahren soll ihn als politischen Verteidiger mundtot machen und speziell auch für den Prozeß gegen Adelheid ausschalten.

Bei Prozessen des Staatsschutzes werden inzwischen fast obligatorisch Zwangsverteidiger beigeordnet, die bewußt nicht das Vertrauen der Angeklagten haben. Sie sind oft sogar politische Gegner, wie beim Prozeß gegen Siegfried Hoffmann, wo der Zwangsverteidiger ein bekannter Faschistenfreund war.

Die BAW hat das Verfahren gegen Adelheid, Brigitte Monhaupt, Christian Klar und Rolf-Clemens Wagner in zwei Prozesse aufgeteilt, obwohl alle vier wegen den selben Aktionen angeklagt sind. Das ist justiziell völlig außergerichtlich. Die BAW will damit verhindern, daß die Genossinnen ihren Prozeß politisch führen können, denn dazu müssen sie zusammen sein, um gemeinsam daran arbeiten und sich vorbereiten zu können.

Die vier Genossinnen haben bis heute kein einziges Mal über ihren Prozeß reden können, der Briefkontakt untereinander fällt der Zensur zum Opfer. Es soll sich keine Öffentlichkeit mobilisieren an dem, was die Gefangenen sagen wollen. Die vier haben jetzt einen Antrag auf Zusammenlegung der zwei aufgesplitteten Prozesse gestellt: „um das bißchen Möglichkeit, das der Prozeß in diesem geschlossenen System noch ist, um unsere kollektive Verteidigung und um jeden Satz kämpfen wir, und wieviel die Strategen in Karlsruhe mit allem kommen, das hängt von unserer Initiative ab“. (Aus ihrem Antrag für die Zusammenlegung der beiden getrennten Prozesse).

Antimilitaristische Notizen

In der Silvesternacht blitzte und knallte es auf Deutschlands Straßen. Bengalische Feuer umrahmten aufsteigende Raketen, das Neue Jahr wurde unüberhörbar angekündigt.

Relativ lautlos ging demgegenüber in derselben Nacht die Vorbereitungsphase für die Aufstellung von Raketen ganz anderer Qualität in Mutlangen zu Ende: Die ersten neun Pershing-II-Raketen auf bundesdeutschem Boden sind einsatzbereit. Die können noch ganz andere Knälle und Blitze hervorrufen. Dann hätte sich der Wunsch „Gutes Neues Jahr!“ für Millionen erledigt.

Zufrieden schaut indessen unser Bundeskanzler in die Zukunft. Er meint sogar, „das spürbar wachsende Vertrauen in die Zukunft“ bei der Bevölkerung feststellen zu können, und das als Ergebnis der Wendepolitik. 1983 war in den Augen Kohls auch deshalb „insgesamt ein erfolgreiches Jahr“, weil die Bundesrepublik „gemeinsam mit den Freunden im westlichen Bündnis dem sowjetischen Übermachtsstreben standgehalten“ habe. Regierung und Bundestag, so behauptete der Kanzler in seiner Neujahrsansprache, hätten die Entscheidung für die „Nachrüstung“ im „Bewußtsein der schweren Verantwortung“ getroffen, die die Deutschen für die „Sicherung des Friedens in Freiheit“ trügen. Im übrigen wisse er, „daß Frieden und Freiheit nach den Erfahrungen der Geschichte Opfer“ erforderten. — Daß gerade in Bezug auf die Stationierungspolitik das „Vertrauen“ der Bevölkerung einfach herbeigezogen ist, weiß Kohl natürlich, aber seine hochgemute Silvesterstimmung ließ ihn sicher problemlos damit fertig werden. Mit den „Opfern“ hat er im übrigen ja recht. Frieden und Freiheit gegen die Kriegsvorbereiter und Reaktionäre zu verteidigen und zu sichern, das wird ohne Anstrengung und Opfer nicht zu machen sein. Schließlich hält die Regierung einen ganzen Katalog von Maßnahmen gegen ihre politischen Gegner — alle Friedensfreunde und Antifaschisten — bereit. Aber wenn man Kohl und Co. gewähren läßt, wird das ganz andere Opfer fordern.

Kohls Kabinetts- und Parteikollege Manfred Wörner, dessen Ministerium den irreführenden Zusatz „für Verteidigung“ trägt, machte auf seine Weise klar, wie weit es mit dem „Vertrauen“ her ist. Er ließ allen Soldaten verbieten, an einer Veranstaltung teilzunehmen, die als gemeinsame Tagung von Mitgliedern der Friedensbewegung und Bundeswehrsoldaten vom 9. bis zum 11. Januar in Loccum geplant war. Als Grund wurde die Teilnahme des Friedensforschers und früheren CSU-Mitglieds Alfred Mechttersheimer genannt. Mechttersheimer zählt zu den Unterzeichnern der „Heidelberger Erklärung“, in der unter anderem erklärt wird, die Raketenstationierung mache „die Bundeswehr zum Bestandteil eines Offensivkonzepts, das den Verteidigungsauftrag der Verfassung pervertiert“. Eine Auseinandersetzung mit diesen

Positionen scheint Wörner den Soldaten nicht zuzutrauen, jedenfalls nicht mit dem von ihm gewünschten Ergebnis.

Natürlich hat Kohls Rüstungspolitik Rückhalt. Unter anderem bei den verschiedenen reaktionären Ständeorganisationen. Aktuelles Beispiel: Die niedersächsische Zahnärztekammer. Es sei „dem Ansehen, der Ehre und der Integrität seines Standes abträglich“, wenn ein Zahnarzt sich unter Angabe seiner Berufsbezeichnung als Stationierungsgegner zu erkennen gebe. Das meint das „Niedersächsische Zahnärzteblatt“. In der dort abgedruckten Erklärung des Kammervorstandes ist auch von „Vertrauen“ die Rede: „Die demonstrativ wirkende Bekanntgabe der Berufsbezeichnung „Zahnarzt“ bei öffentlichen Aufrufen gegen die Aufstellung neuer Raketen in der Bundesrepublik Deutschland (...) erschüttert das zwischen Zahnarzt und dem Patienten zu begründende Vertrauensverhältnis...“ Ehre und Integrität sind große Worte, aber alle Vertreter der „geistig-moralischen Wende“ beweisen ja im Umgang damit eine erstaunliche Leichtigkeit. Der Präsident der Kammer, Erich Bunke, ist CDU-Mitglied und trat schon des öfteren bei Wahlen unter Angabe seines Berufes als CDU-Kandidat an. Das zitierte Kammerorgan würdigte nach der letzten Kommunalwahl ausdrücklich sein parteipolitisches Engagement in einem Artikel mit der Überschrift „Der Zahnarzt als Politiker“, in dem auch sechs andere als CDU-Kandidaten erfolgreiche Zahnärzte vorgestellt wurden. Das Blatt unterstrich, daß in der Zahnärzteschaft „schon häufig der Ruf nach politischem Engagement lautgeworden“ sei... Das ist die Doppelmoral der Doppelbeschlüßler.

Die Verfasser der bereits zitierten „Heidelberger Erklärung“, die Herrn Wörner so schwer im Magen liegt, haben auch aufgerufen, massenhaft den Dienst in der Bundeswehr zu verweigern. Das sieht man in Bonn nicht gerne, der Wehrdienst soll im Volke wieder als Ehrendienst gelten. Entsprechend wird mit Kriegsdienstverweigerern umgesprungen. Dieser Tage wurden wieder zwei Fälle aus Niedersachsen bekannt, in denen jungen Männern die Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer verweigert wurde, weil sie Führerscheininhaber sind und auch weiterhin am Straßenverkehr teilzunehmen gedenken. Dabei könnten sie ja auch, bei einem Unfall, Mensch töten... In diesem Jahr wird das Ganze etwas anders geregelt. Die Gewissensprüfung soll im Regelfall entfallen; ein „begründeter Antrag“ an das Bundesamt für Zivildienst in Köln soll den Weg zum Ersatzdienst öffnen (bei Bedarf können die Behörden dennoch eine Gewissensprüfung einschleppen) — der dauert aber ab sofort nicht mehr 16, sondern 20 Monate und damit erheblich länger als der Dienst beim Bund. Eine besondere Art der Abschreckung (und der Ausnutzung billiger Arbeitskraft).

Erneute Massendemonstrationen auch in Uruguay

Ein „fließender Übergang“ wird verhindert...

Uruguay wurde einst in der bürgerlichen Propaganda die „Schweiz“ Südamerikas genannt. Was sollte eine Bezeichnung wert ist, kann man ja sehen daran, daß der Libanon ebenso einst die Schweiz des Nahen Ostens genannt wurde — ausgedrückt werden soll damit eine Lage relativer politischer Stabilität und wirtschaftlicher Aufschwung. Und in der Tat: die Lage in Uruguay unterschied sich lange Zeit deutlich von der der benachbarten Länder. Nur ein Beispiel: Bereits im Jahr 1915 wurde der 8-Stunden-Tag und das Rentenalter 60 eingeführt. Hauptgrund

für diese Errungenschaften waren eine den Umständen entsprechend sehr starke Gewerkschaftsbewegung (so gab es 1961 bei 2,7 Millionen Einwohnern und 700 000 Lohn- und Gehaltsempfängern immerhin 300 000 Gewerkschaftsmitglieder). Entscheidend für die Veränderung der Situation, die in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre begann, war auch hier eine Entwicklung, wie es sie in ganz Lateinamerika — meistens früher — ebenfalls gab: Das Eindringen des amerikanischen Imperialismus ins Land.

10 Jahre Rechtsentwicklung

Der gesamte Zeitraum der Jahre von 1967 bis 1976 war gekennzeichnet von einer immer schnelleren Gangart zu einer umfänglichen faschistischen Militärdiktatur.

Drei Daten sind dabei von entscheidender Bedeutung. Einmal das Jahresende 1967. Der damals neu ins Präsidentenamt gekommene Pacheco Areco erließ eine Reihe von Bestimmungen, die man durchaus als den Beginn der Errichtung einer Diktatur bezeichnen kann. Zum einen wurden sechs politische Organisationen und zwei Zeitungen verboten. Zweitens wurden — auf dem Papier — Löhne und Preise eingefroren, in Wirklichkeit war es ein Lohnstopp. Und drittens erließ er — angeblich zum Kampf gegen den „Terrorismus“ — kurz darauf eine Serie „dringender Sicherheitsmaßnahmen“, die die politischen Rechte weiter stark einschränkten.

Diese Maßnahmen waren selbstverständlich nicht von Areco im Alleingang ausgedacht worden. Sie stellten die Reaktion der herrschenden Klasse des Landes auf die Entwicklung, insbesondere auf den wachsenden US-amerikanischen Druck auf die Wirtschaft des Landes dar. Die oft gerühmte Sozialpartnerschaft wurde von oben aufgekündigt.

Auf diese Maßnahmen reagierte die Arbeiterbewegung des Landes mit einem großen politischen Zusammenschluß: Nahezu alle Linkskräfte vereinigten sich in der „Frente Amplio“ (etwa: Breite Front) und konnten bei den nächsten Wahlen, im Jahr 1971, trotz des bereits herrschenden Terrors (die auch dort so genannten Todesschwadronen ermordeten Tuschschwarze in jenem Jahr pro Woche einen oppositionell eingestellten Menschen) über 20 Prozent aller Sitze im noch bestehenden Parlament erringen. Dazu beigetragen hatte auch die Tatsache, daß mit General Liber Seregni, dem Oberkommandierenden der Militärrégion Montevideo, ein Mann an der Spitze der „FA“ Kandidatenliste stand, der im ganzen Land als ein Sinnbild des Kampfes gegen faschistische Tendenzen bewertet wurde.

So wurde durch diese Wahl die ewige und immer wieder erneuerte Lage, daß zwei große bürgerliche Parteien alleine das parlamentarische Geschehen bestimmten, die „Blancos“ (konservativ, sozialdemokratisch und liberal, städtisch) durchbrochen. Damit war für die herrschende Klasse und ihre amerikanischen Hintermänner der Parlamentarismus für dieses Uruguay „überholt“. Unter der Losung des „Kampfes gegen den Terrorismus“ wurden im folgenden Jahr alle Voraussetzungen bezüglich Machtpositionen und auch, was Erlasse und Gesetze betrifft, geschaffen, um das Parlament endgültig abzuschaffen. Der Präsident Areco bezeichnete es als das Jahr des

Kampfes gegen die „Subversion“. Die Liquidierung einer ganzen Reihe prominenter Mörder der Todesschwadronen durch die Tupamaros am 14. April 1972 nahm die Reaktion als Anlaß für eine Generaloffensive, in deren Verlauf die Stadtguerilla faktisch vernichtet wurde: Erschossen, zu Tode gefoltert, verschwunden, eingekerkert. Im September 1972 waren die Tupamaros vernichtet und alle Voraussetzungen für eine Beseitigung des störenden Parlaments geschaffen — und dies wurde dann im Juni 73 gut vorbereitet auch getan. Das Parlament wurde für aufgelöst erklärt, an seine Stelle trat ein vom Präsidenten benannter Beraterstab, die Macht wurde dem „Consejo de seguridad nacional“ (Cosená), der aus dem Präsidenten und den drei Armeeoberbefehlshabern bestand, übergeben, jede politische und gewerkschaftliche Betätigung wurde verboten.

Der Generalstreik

Am selben Tag, da der Präsident diese Beschlüsse verkündete, rief der Gewerkschaftsverband CNT (Convencion Nacional de Trabajadores) zum Generalstreik auf, der auch vollständig befolgt wurde.

Die Reaktion war massiv: Die Betriebe wurden unter Kriegsrecht gestellt, die Armee eröffnete das Feuer auf die Streikenden, Gewerkschaftsfunktionäre wurden zu Hunderten verhaftet, verschleppt, gefoltert und ermordet. Nach 15 Tagen brach der Generalstreik zusammen, da die gesamten gewerkschaftlichen Strukturen zerschlagen wurden. Trotzdem, obwohl dieser beispielhafte Kampf verloren wurde, war er eine Grundvoraussetzung dafür, daß die Militärdiktatoren in Uruguay nie ganz zur Ruhe kamen, auch nicht vorübergehend. Denn dieser Generalstreik war die entscheidende politische Voraussetzung dafür, daß die Voraussetzungen, wenn auch dezimiert und verboten, so doch im „Untergrund“ weiter bestehen bleiben konnten, daß sie die nötigen Kader und den Rückhalt dafür hatten.

Diese doch nicht ganz sichere Position der Diktatur war der Anlaß zum dritten und abschließenden Schritt der Errichtung der faschistischen Militärdiktatur: Im Jahr 1976 wurde der Präsident Bordaberry von der Armee abgelöst, die nun alleine die Macht übernahm, was verbunden war mit einer neuen Welle der Unterdrückung jeglicher Opposition.

Dieser Verlauf ist der Grund dafür, warum man bei der Errichtung der faschistischen Diktatur durchaus von einem zehn Jahre dauernden „fließenden Übergang“ sprechen kann, bis diese Diktatur endgültig und allumfassend etabliert war.

Yankees im Hintergrund

Trotz allem im Anfang über die soziale Lage gesagten bleibt festzustellen, daß Uruguay bis in die sechziger Jahre ein groß-

agrarisches Land war.

Fleisch und Wolle waren nicht nur Hauptexport- sondern überhaupt Hauptproduktsgüter. Das gesamte verstärkte Eindringen amerikanischen Kapitals war hauptsächlich auf entsprechende verarbeitende Bereiche konzentriert, wie die Lederherstellung und die Textilherstellung — Bereiche, an denen die uruguayischen Großgrundbesitzer beteiligt wurden, die aber nur rentabel im Sinne des Kapitals arbeiten konnten, wenn die Kosten für die Ware Arbeitskraft, die in Uruguay eben im Vergleich zu ähnlichen Ländern wesentlich höher lagen, radikal gesenkt wurden. So war die genannte Aufkündigung der Sozialpartnerschaft bereits das Werk nicht zuletzt des Yankee-Imperialismus — und erst recht wurde es die Errichtung der faschistischen Diktatur.



Noch vor wenigen Monaten wurde versucht, jegliche Demonstration gewaltsam zu unterdrücken — heute geht das nicht mehr

Oft genug wurde in der Vergangenheit von verschiedenen Seiten eingewandt, daß es in solchen unterentwickelten Ländern eigentlich der marxistischen Bestimmung gemäß (daß das Faschismus die offene Diktatur der reaktionärsten Kreise des Finanzkapitals sei) gar keinen Faschismus geben könne. Einmal abgesehen davon, daß ein solcher Einwand bereits eine sehr einseitige Denkweise offenbart, da er die ganzen Probleme des realen politisch, kann man gerade am Beispiel Uruguay sehr deutlich sehen, daß der Faschismus errichtet wird im Auftrag und im Dienste des amerikanischen Finanzkapitals. Und natürlich mit lebhafter Unterstützung der einheimischen Reaktion.

Denn die ganze Kampagne zwischen der 71er Wahl über die Zerschlagung der Tupamaros bis hin zur Auflösung des Parlaments im Juni 73 wurde von US-Spezialisten organisiert: Sei es der „Counter-insurgency“, die die blutige Unterdrückung der Stadtguerilla organisierte (die in Uruguay wie auch in anderen südamerikanischen Ländern nicht nur eine breitere Basis hatte als ihre späteren europäischen Nachahmer, sondern auch ganz andere Ausgangspunkte, durchaus eben auch recht stark in der Arbeiterbewegung wirkten), oder seien es die politischen Berater, die die Form der Bildung des Cosená ausarbeiteten.

Zu weit gegangen?

Als dann die Militärs 1976 auch den Präsidenten absetzten, wuchs nicht nur der Widerstand im Lande selbst, sondern auch die Widersprüche zu den USA, die gleich anschließend unter Jimmy Carter eine Kampagne für „Menschenrechte“ starteten. Eine Kampagne, die darauf abzielte, das blutige Gesicht lateinamerikanischer Diktaturen im Dienste der USA kosmetisch zu schönen, formale pseudodemokratische Elemente in die Diktaturen einzufügen usw. So wenig diese Kampagne darauf gerichtet war, wirklich dem Volk wenigstens einige Rechte zuzugestehen, so sehr traf sie aber andererseits in einigen Ländern auf den Widerstand der dortigen Militärs — neben Chile vor allem eben in Uruguay.

Mit diesem — sehr begrenzten — Widerspruch zu einigen US-Kreisen konnten die uruguayischen Diktatoren leben, solange der wirtschaftliche Kurs, den sie steuerten, für ihre Klientel erfolgreich war.

Und Uruguay war, zusammen mit dem Chile Pinochets, das erste Land, das sogenannte monetaristische Wirtschaftspolitik eines Milton Friedman befolgte, eben jener Politik, deren katastrophale Auswirkungen für die werktätige Bevölkerung heute auch in England, den USA und zunehmend auch in der BRD sichtbar werden. Bis zum Ende der siebziger Jahre wurde diese Politik für die Reichen in USA und Uruguay erfolgreich befolgt, sie hatten ihr ersehntes Wirtschaftswachstum und Profitwachstum. Von 1972 bis 1980 wurden so beispielsweise die Exporte vervierfacht, der Anteil der „neuen“ Exportgüter stieg von 20 auf 70 Prozent.

Die Moonsekte kommt...

Während in diesem Zeitraum also insgesamt die wirtschaftliche Kraft, nach den Zahlen der Statistik betrachtet, wesentlich gesteigert wurde, gab es zwei andere Entwicklungen, die bereits das Ende dieses Strohfeuers signalisierten.

Zum einen war dies natürlich die Verelendung der arbeitenden Menschen, was zu immer mehr, zunächst begrenz-

ten, sozialen Erhebungen führte. Die Zahl der Arbeitslosen hatte sich bis Ende 79 auf 14,5 Prozent der werktätigen Bevölkerung rund verachtelt, der Reallohn war innerhalb von zehn Jahren um sage und schreibe 60 Prozent gesunken. Diese beiden Tatsachen standen aber nur an der Spitze eines ganzen Eisberges sozialer Verschlechterungen.

Zum anderen wurden durch die Finanzpolitik der Regierung vor allem die Zinsen hoch getrieben, was im Laufe der Zeit dazu führte, daß vor allem Montevideo ein Zentrum amerikanischer Finanzspekulation wurde, parasitäre Auswüchse sich vervielfachten.

Dabei nahm diese Entwicklung die dubiosen Formen an. In ihrer rückhaltlosen Begünstigung ausländischer Kapitalanlagen im Lande ging die Militärregierung so weit, der Moon-Sekte die drittgrößte

Bank des Landes zu verkaufen und das größte Hotel Montevideos ging ebenfalls ins Eigentum dieser Sekte über.

Dies alles mußte zu einer Explosion kommen zu dem Zeitpunkt, da die Exportlage sich verschlechterte, was 79 mit einem Knall geschah — nun stand Uruguay dar, mit einer Verschuldung ans Ausland (vor allem: USA), die sich innerhalb von sechs Jahren auf über 10 Milliarden Mark vervierfacht hatte. Was das bedeutet, läßt sich daran beurteilen, wenn man hinzufügt, daß allein der Zinsendienst rund 40 Prozent der Exporterlöse aufbraucht, von Tilgung gar nicht zu reden, ebenso wenig vom wachsenden Außenhandelsdefizit.

Ein neuer Übergang wird versucht

Wie in anderen Staaten auch, so drangen die US-Hintermänner ihre einheimischen Militärdiktatoren nun verstärkt, einige kosmetische Korrekturen anzubringen, solcher Art natürlich, daß keine wirkliche Veränderung der Macht- oder auch nur der Kräfteverhältnisse passieren sollte.

Das führte vor allem zu zwei sogenannten Reformvorhaben: Eine angebliche Verfassungserneuerung, die zwar einerseits gewisse pseudodemokratische Rechte enthielt, andererseits und vor allem aber nachträglich

alle Maßnahmen des Cosená billigen sollte. Die illegalen Organisationen der „FA“ und der Gewerkschaften organisierten eine breite politische Kampagne dafür, mit „Nein“ zu dieser Verfassungsänderung zu stimmen, aus dem Gefängnis wurde ein entsprechender Aufruf des Generals Seregni geschmuggelt — im Ergebnis gab es eine Ablehnung von über 53 Prozent. Seit dieser Wahl befindet sich die politische Opposition in neuem Aufschwung, denn ein solches Ergebnis unter solchen Bedingungen ist in der Tat einmalig.

Zweites sogenanntes Reformvorhaben war im Jahre 81 ein neues Gewerkschaftsgesetz, das sogenannte Betriebsgewerkschaften zuließ. Natürlich war die Absicht, die Neuformierung einer echten Gewerkschaftsbewegung zu verhindern — aber andererseits nutzten die illegalen Organisationen des CNT die wenigen extrem beschränkten Möglichkeiten legaler Arbeit, die darin enthalten waren, aus. Dies war auch eine entscheidende Grundlage dafür, daß es am 1. Mai 1983, rund zehn Jahre nach Errichtung des Cosená, wieder zu größeren Demonstrationen kam. Demonstrationen, die eine Entwicklung einleiteten, die bisher darin mündete, daß im Spätsommer und Herbst sich fast 20 Prozent der gesamten Bevölkerung an Massendemonstrationen auf der Straße (die eigentlich verboten sind) beteiligten.

So wurde das Projekt eines zweiten fließenden Übergangs, diesmal vom offenen Faschismus zu einer sogenannten machbaren Demokratie verhindert, denn die herrschenden Militärs unter dem seit September 81 als Präsident amtierenden General Alvarez haben einfach nicht mehr das moralische Ansehen, daß man ihnen irgendeine Regie ehrlicher Weise zutrauen würde.

Ohne Zweifel waren die hauptsächlichsten Gründe für die Schwächung der uruguayischen Militärdiktatur innerer Natur. Wobei das Wirken des Internationalen Währungsfonds im Dienste des US-Imperialismus seit 1980 diese Entwicklung wesentlich beschleunigte. Andererseits hat aber auch die von Brasilien Argentinien und Chile übergreifende allgemeine politische antifaschistische Massenbewegung, die sich stets auch gegen den so verhassten Yankee-Imperialismus richtet, auf Uruguay ihre Auswirkung besessen. Wie in Chile, so hat auch in Uruguay die Widerstandsbewegung gegen die faschistische Diktatur breiteste Massenform angenommen, rein zahlenmäßig sogar noch viel breitere Ausmaße.

Nach dem Sturz der argentinischen Faschisten und dem bisher kontinuierlichen, mit wildem Umsichschlagen verbundenen Rückzug der Generale in Brasilien würde ein erfolgreicher Kampf gegen den Faschismus in einem weiteren südamerikanischen Staat mit hoher Wahrscheinlichkeit einen politischen Erdbeben auf dem ganzen Halbkontinent hervorrufen — und Uruguay hat alle Aussichten, dieses Land zu werden...

Korrespondenz aus Hamburg (1)

Seit drei Monaten ohne Heuer

Erneut kolumbianische Seeleute unter Druck

Seit fast drei Monaten hatten die Seeleute der „Arenosa“ keine Heuer mehr bekommen. Ihre Lage und die dahin führende Entwicklung beschreibt der folgende Korrespondentenbericht aus Hamburg, der auch der „taz“ zugesandt worden war. Erinnerungen werden dabei wach an den Streik kolumbianischer Seeleute im Jahr 1981 — insbesondere was die untätige Haltung

Nur noch bis Ende der kommenden Woche reichen die Lebensmittelvorräte, bis Ende des Monats das Trinkwasser und Heizmaterial auf der „Arenosa“, dem kolumbianischen Frachter, der seit dem 12.8.(!) von der Reederei verlassen, im Hansahafen an den Pfählen liegt.

Die kolumbianische Reederei „Lineas Maritimas del Caribe, Limitada“, die erst im Oktober 1982 gegründet worden war und neben der „Arenosa“ nur noch zwei weitere Schiffe besitzt, weigert sich, die seit dem 15.10. ausstehende Heuer und die den Seeleuten zustehenden Rückfluggeldern nach Kolumbien zu bezahlen. Auch die mit der Reederei zusammenarbeitende Agentur Müller wartet bisher vergeblich auf die Bezahlung der Außenstände von 40000 DM.

... doch das nur nebenbei, denn die Probleme, die durch das Vorgehen der Reederei für die 29 Männer und zwei Frauen der Besatzung und ihre Familien in Kolumbien entstanden, sind ungleich gravierender und existenzieller.

Schon wurden etliche Familien der Seeleute exmittiert, d. h. aus ihren Wohnungen in Kolumbien geworfen, da sie aufgrund der ausstehenden finanziellen Unterstützung durch ihre Männer und Brüder, bzw. Frauen und Schwestern, die Miete nicht mehr bezahlen konnten. Zwangsexmitionierung, Verschuldung, Abbruch der Schulausbildung, das Nichtbezahlen-Können von Medikamenten und Ärzten im Krankheitsfall sind die Folgen des kriminellen, menschenverachtenden Vorgehens der Reederei.

Die Sorgen und Ängste um ihre Familienangehörigen, die sie seit dem 8. Juli, als sie von Cartagena in Kolumbien losfuhren, nicht mehr gesehen haben, mischen sich mit Verzweiflung und der Ungewißheit darüber, was werden soll.

Alle 31 Besatzungsmitglieder sind faktisch Gefangene auf dem Schiff, da sie weder das Geld noch die Winterkleidung haben, um an Land zu kommen.

„Wir wollen so schnell wie möglich, am liebsten noch zu Weihnachten, zurück zu unseren Familien in Kolumbien“ — doch dieser Wunsch, diese be-

der zuständigen ÖTV-Gewerkschaft betrifft ... Inzwischen sind die Seeleute abgeflogen — mit einem Ticket bis Bogotá. Was weiter wird, kümmert Hamburgs Behörden nicht. Den zweiten Teil der Korrespondenz, den wir ebenfalls zusammen mit der „taz“ erhielten, veröffentlichen wir im RM 2/84.

organisiert, für die ÖTV das formale Argument, der ausschlaggebende Grund, nichts zu tun, pardon, nichts tun zu können!

Das kolumbianische Konsulat versteift sich auf den Standpunkt, daß es sich um einen „Arbeitskonflikt“ zwischen Reederei und Besatzung handle, in den es nicht (abgesehen von einer Unterstützung in Form von Lebensmitteln) eingreifen könne oder dürfe(!)

Von den Instanzen allein gelassen, die am ehesten etwas hätten in Bewegung bringen

Die bisher von verschiedenen Einzelpersonen und der katholischen Seemannsmission initiierte und organisierte Solidarität und Unterstützung reicht nicht aus, um die Forderung der Kollegen nach Rückfluggeldern und Auszahlung der ausstehenden Löhne durchsetzen zu können.

Warme Kleidung kann die Kälte abmildern, Lebensmittelspenden und Einladungen zum Essen das Hungern verhindern, Geldspenden die finanzielle Not etwas abschwächen, doch das entscheidende Problem, die zentrale Forderung können damit — trotz der unbestrittenen Bedeutung dieser wichtigen und notwendigen praktischen Solidaritätsmaßnahmen — nicht gelöst werden.

Solidarität tut not, aber noch entscheidender ist der öffentliche Druck, der auf die Hamburger Arbeits- und Sozialbehörde ausgeübt werden muß, damit sie schnell und unbürokratisch die Gelder zur Verfügung stellt, mit denen sowohl die 31 Rückfluggeldern, als auch die ausstehenden Löhne vorfinanziert werden können.

Die Behörde verfügt über den juristischen Apparat mit dessen Hilfe sie das Geld bei der Reederei wieder eintreiben kann, gegebenenfalls durch Beschlagnahme und Zwangsversteigerung des Frachters, ein Apparat, der endlich mal im Interesse von den Menschen eingesetzt werden muß, die von den Folgen ausbeuterischen, menschenverachtenden und kriminellen Vorgehens deutscher (siehe „Nordarm“) oder ausländischer Unternehmer, wie in diesem Fall, existenziell bedroht sind.



rechtigte Forderung steht im direkten Widerspruch zum bisherigen Vorgehen der Reederei und zu den bisherigen Bedingungen und Möglichkeiten, diese Forderung, verbunden mit der nach sofortiger Auszahlung der ausstehenden Löhne, durchzusetzen.

Keiner der Seeleute der „Arenosa“ ist gewerkschaftlich

können, wandten sich die Seeleute in der vergangenen Woche an ein Anwaltsbüro, um mit juristischen Mitteln ihr Recht durchzusetzen.

Doch der juristische „Kampf“ kann Wochen dauern — zu lange für die von der Reederei „ausgesetzten“ auf dem Frachter „gefangenen“ Seeleute.

Presseerklärung des PLO-Vertreters bei der Arabischen Liga in Bonn

„Der Rückschlag von Tripoli wird den Willen des palästinensischen Volkes nicht brechen“

Die im folgenden wiedergegebene Presseerklärung veröffentlichte der Bonner PLO-Vertreter Abdallah Frangi am 22. Dezember. Auch wenn wir sicherlich die eine Schlußfolgerung dieses Dokuments, daß die arabischen Staaten gezwungen seien, sich eine Schutzmacht zu suchen, nicht teilen, so begrüßen wir andererseits selbstverständlich die geäußerte Absicht, den Kampf für die Rechte des palästinensischen Volkes fortzusetzen. Der „vierte Exodus“ ist ebenso wenig ein Ende dieses Kampfes, wie seine drei Vorgänger. Und: Die Unterstützung der westdeutschen Kommunisten für den Kampf der Palästinenser war bisher eine grundlegende Haltung, unabhängig von Konjunktoren und einzelnen Aussagen und wird es auch in der Zukunft sein.

Die Haltung, die wir in der letzten 83er Ausgabe des Roten Morgen mit der Schlagzeile „Für die Rechte des palästinensischen Volkes“ erneut ausdrückten, wird auch in diesem Jahr Leitlinie unserer Arbeit in diesem Bereich sein.

Unter der Flagge der Vereinten Nationen ist die PLO am

20. Dezember aus Tripoli abgezogen. Den langen und bitteren Weg der palästinensischen Odyssee markiert ein neuer Exodus, nach 1948, 1967 und 1982 nun der vierte in der leidvollen Geschichte des palästinensischen Volkes.

Vom Frieden in Nahost ist in diesen Tagen nicht die Rede. Alle verantwortlichen Politiker wissen zu genau, daß Frieden in diese Region nicht einziehen kann ohne die Lösung des Kernproblems, des Palästina-Konflikts.

Aber die Lage in der arabischen Region ist heute gespannter denn je. Die „strategische Partnerschaft“ zwischen Israel und den USA, ihre enge militärische und politische Kooperation beschwört neues Blutvergießen und neue militärische Auseinandersetzungen herauf. Die israelische Regierung — das hat die Bombardierung des Hafens von Tripoli gezeigt — hält an ihrem Beschluß fest, die Palästinenser und die PLO zu jagen und zu schlagen, wo immer sie auch seien.

Der Versuch der Vereinten Staaten, unter Unterstüt-

zung der expansiven israelischen Politik die Region unter ihre Hegemonie zu zwingen und ihrer uneingeschränkten Kontrolle zu unterwerfen, führt nur zu einer anti-amerikanischen Explosion in der arabischen Welt. Die politische Verantwortung für die Angriffe auf amerikanische Einrichtungen im Nahen Osten, sei es in Libanon oder Kuwait, ist letztlich in der völlig einseitigen US-amerikanischen Nahostpolitik zu finden.

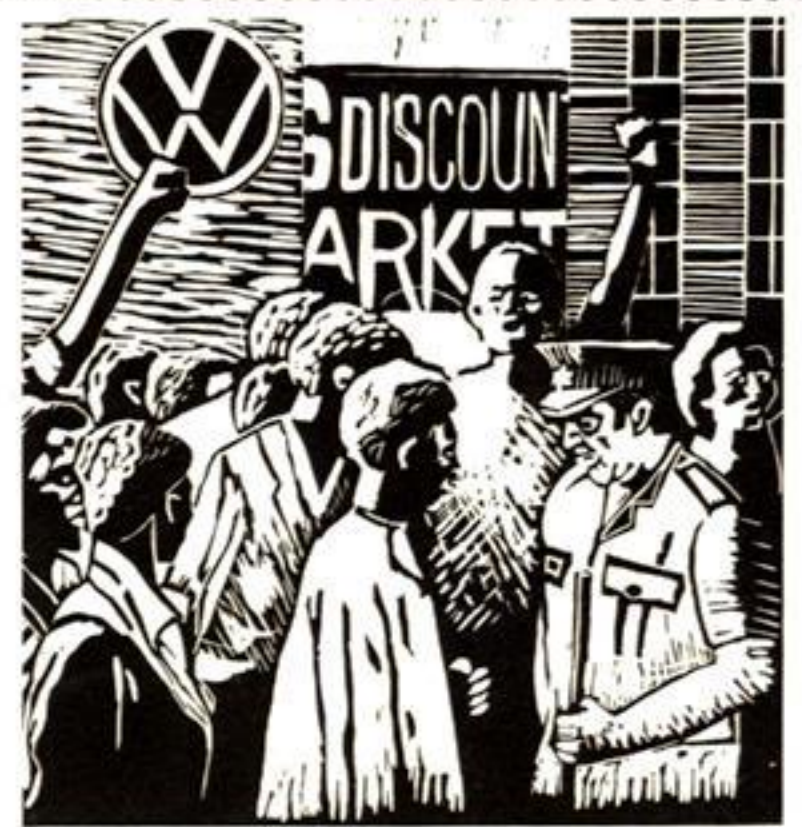
Die arabischen Staaten werden gezwungen, sich eine Schutzmacht zu suchen, die ihre Rechte und Interessen verteidigt. Die Gefahr einer Konfrontation der Supermächte im Nahen Osten ist bedrohlich gewachsen.

Verantwortung im Nahen Osten tragen auch die Europäer. Nur in einer unabhängigen Politik von den USA und Israel über kann ein europäischer Beitrag zum Frieden im Nahen Osten liegen. Wenn die Europäische Gemeinschaft sich weiter hinter der Konfrontationspolitik der USA versteckt, werden die Europäer zu den Leidtragenden

dieser verhängnisvollen Entwicklung gehören.

Eine Politik des Friedens kann und darf das Palästina-Problem nicht länger ignorieren. Der Rückschlag von Tripoli wird den Willen des palästinensischen Volkes nicht brechen, seine nationalen Rechte auf Selbstbestimmung, Rückkehr und die Errichtung eines unabhängigen Staates auf seinem nationalen Boden zu verwirklichen.

Die erneute Odyssee der PLO und die Suche nach einem neuen Exil haben die Gewißheit unterstrichen, daß nur in der Rückkehr des palästinensischen Volkes nach Palästina Aussicht auf Frieden besteht. Solange aber Recht und Gerechtigkeit von den USA und Israel ignoriert werden, werden Krieg und Unfrieden diese Region erschüttern. Die USA und Israel haben den Frieden in eine militärische Sackgasse geführt. Nur Verhandlungen über die Bildung eines unabhängigen palästinensischen Staates in Palästina können den Frieden aus dieser Sackgasse wieder herausführen. Noch ist es dafür nicht zu spät.



UNTERSTÜTZT DEN
AUFBAU UNABHÄNGIGER
GEWERKSCHAFTEN
IN SÜDAFRIKA

Anfang Januar wird ein Vertreter der Gewerkschaft der südafrikanischen schwarzen Gemeindearbeiter, Herr Mofokeng, auf Einladung des Arbeitskreises Afrika (AKA-FRIK) Münster zu einer Rundreise in die BRD kommen. — Die gewerkschaftliche Organisation der schwarzen Arbeiter in Südafrika hat in den letzten Jahren aller Unterdrückung zum Trotz einen großen Aufschwung genommen. Die meist noch jungen schwarzen Gewerkschaften haben bereits viele harte Kämpfe durchstehen müssen — der Vorläufer der Gewerkschaft der südafrikanischen schwarzen Gemeindearbeiter z.B. entstand praktisch im Streik

der Johannesburge Gemeindearbeiter 1980, gewann trotz der Deportation vieler Streikender Tausende von Mitgliedern, schloß sich dann mit anderen zusammen und ist seit 1982 Mitgliedsgewerkschaft der CUSA, dem Verband südafrikanischer Gewerkschaften, der selbst erst 1980 entstand und heute über 100000 Mitglieder zählt.

Auf Veranstaltungen in folgenden Städten wird Herr Mofokeng über die Entwicklung seiner Gewerkschaft wie der schwarzen Gewerkschaftsbewegung in Südafrika, über ihre Erfolge, ihre Probleme und Aufgaben sprechen:

Veranstaltungstermine der Rundreise des Vertreters der South African Black Municipal Workers' Union

Mo, 09. 1.
Di, 10. 1.
Mi, 11. 1.
Do, 12. 1.
Fr, 13. 1.
Sa, 14. 1.
Mo, 16. 1.
Di, 17. 1.
Mi, 18. 1.
Fr, 20. 1.
Sa, 21. 1.
Mo, 23. 1.
Di, 24. 1.
Mi, 25. 1.
Fr, 27. 1.
Sa, 28. 1.
Mo, 30. 1.
Di, 31. 1.
Mi, 01. 2.
Do, 02. 2.
Fr, 03. 2.

Hamburg
Schleswig
Kiel
Lüneburg
Westberlin
Hannover
Clausthal
Bielefeld
Münster
Dortmund
Köln
Schweinfurt
Augsburg
München
Ravensburg
Stuttgart
Freiburg
Schwäbisch Hall
Heilbronn
Heidelberg
Frankfurt

Spendensammlung zur Unterstützung in Südafrika inhaftierter Gewerkschafter:

Konto C.U. Monica (Unterstützung inhaftierter Gewerkschafter in Südafrika), BfG: Köln, Kto.-Nr. 1146368600 (BLZ: 37010111)

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
2. Programm		
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Eine äußerst lesenswerte Neuerscheinung: „Der Krimi von St. Georg“

Ins Wespennest gestochen...

Am 10. Mai 1983 begann vor dem Landgericht Essen der Strafprozeß gegen den ehemaligen Direktor des Sozialwerks Sankt Georg, Hennemeyer und vier weitere Angeklagte. Hennemeyer, der 1977 das Bundesverdienstkreuz erhielt, war zahlreicher Punkte angeklagt worden, die sich allesamt darum drehten, wie er seinen Posten dazu benutzte, sich auf Kosten der Patienten und staatlicher Gelder zu bereichern. Wie weit die Verwicklungen anderer „Prominenter“ gehen, wird in diesem Prozeß bisher konsequent ausgeklammert.

Gerade diese Verwicklungen sind ein zentraler Punkt des neu erschienenen Buches „Krimi von St. Georg“. Das andere zentrale Anliegen der Autoren ist es, nicht zuzulassen, daß das Los der Patienten über Skandalgeschichten in Vergessenheit gerät. Denn das Sozialwerk St. Georg ist ein, wie es die Autoren wohl richtig nennen, „Psychiatrie-Konzern“, der allein in NRW sechs Heime betreibt. Und die Buchautoren sind Mitglieder eben jener „Dortmunder Selbsthilfe e.V.“, die den ganzen Vorgang überhaupt erst — gegen den ausgesprochenen Willen beispielsweise der Stadt Gelsenkirchen — ins Rollen brachte. Der von ihr geforderte Rücktritt des Gelsenkirchner Oberstadtdirektors Meya war einst Anlaß zahlloser Stolpersteine, die man der Arbeit, die diese Gruppe im Dienste der Patienten leistete, in den Weg legte.

Ein Mann wie Hennemeyer, der bereits im Jahre 1976 ziemlich genau 13300 DM netto im Monat offiziell kassierte, hat natürlicherweise in einem solchen Staat der Reichen, wie dem in dem wir leben, viele mächtige Freunde. Deshalb war es im wesentlichen auch vor allem die Maßlosigkeit des Skandals, der Skrupellosigkeit im Umgang mit Menschen, die zum Einsturz dieser Anschafftruppe führte. Alleine aus dem Bundesland NRW sind aus den letzten Jahren drei weitere Fälle bekannt geworden, in denen Sozialheime zur verbrecherischen Bereicherung benutzt wurden, in denen die dort verlorenen Menschen nicht nur ausgebeutet, sondern auch direkt betrogen wurden.

Über all diese Hintergründe liefert das Buch — eine wesentlich erweiterte Fortschreibung einer Ausgabe von 1977 — umfangreiches Material, das sich zu einer grundlegenden Anklage, nicht nur gegen die Korruption im Sozialwesen, nicht nur gegen Hennemeyer und Hintermänner verdichtet, sondern zu einer Anklage gegen das ganze System der Psychiatrie dieses kapitalistischen Staates.

Dazu zwei kurze Auszüge:

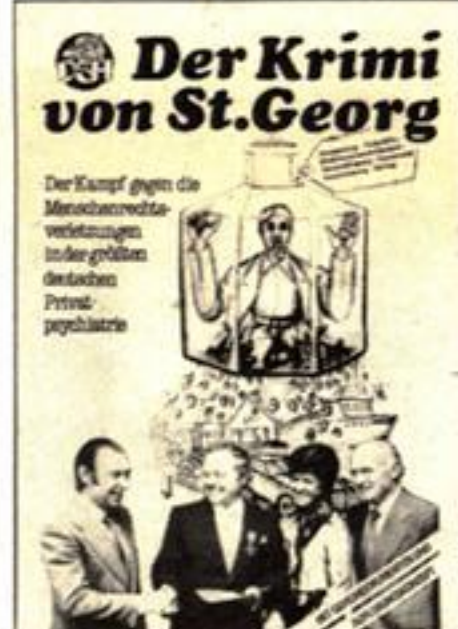
Gutachterpraxis

„Wenn man sieht, wie mühelos es den Ärzten des Sozialwerks gelingt, einem jungen Menschen den Stempel der Unheilbarkeit aufzudrücken, dann kann man sich vorstellen, wie einfach die Sache bei Leuten ist, denen z. B. eine äußerliche Behinderung anzusehen ist oder deren Kräfte

und Fähigkeiten schon altersbedingt nachgelassen haben.

Nach letzteren kräht sowieso kein Hahn mehr. Ohne viel Federlesen geriet Herr B. von einem normalen Altersheim über ein Landeskrankenhaus nach St. Georg. Alte Menschen haben schon eine „Krankheit“ an sich: das Alter. Sie leiden an Cerebralklerose, an Verkalkung. Als Krankheit wird dies aber erst da entdeckt, wo plötzlich einer alleine dasteht und mal jemanden braucht, der die Kohlen raufholt oder mit ihm spricht. Für solche „Fälle“ schafft man die Altersheime. Wie es da aussieht, steht ja oft in den Zeitungen. Vom normalen Altersheim bis ins Landeskrankenhaus zur Entmündigung und dann ab in ein geschlossenes Pflegeheim ist es nur ein kurzer Schritt.

Mit den alten Leuten haben es die Gutachter des Sozialwerks am einfachsten. Cerebralklerosen haben es so an sich, daß sie immer weiter fortschreiten. Wer wird schon jünger statt älter?



„Der Krimi von St. Georg“ (Der Kampf gegen die Menschenrechtsverletzungen in der größten deutschen Privatschizophrenie), von Bader, Lacker, Meeßen; herausgegeben von der Dortmunder Selbsthilfe e.V. im Juni 83; 128 Seiten, zu beziehen gegen Voreinsendung von 7 DM plus 1 DM Versandkosten auf Postcheckkonto 48046—484 PSA Dortmund, Stichwort „Der Krimi...“

Als wir die uns zur Verfügung stehenden Gutachten über Herrn B. einem Neurologen vorlegten, meinte dieser, ihnen zufolge könne es sich nur um einen Menschen handeln, der tagtäglich mit offenem Munde völlig weggetreten in seinem Bett liege. Zwei Gutachten über Herrn B., erstellt von Dr. Hundt und St.-Georgs-Chefarzt Hamouz, sind auf den nächsten Seiten abgedruckt. Herr B. wurden von seinem Neffen aus St. Georg herausgeholt und später sogar wiederbemerkt.

Aber versuche mal einer die Sozialwerks-Ärzte für ihre furchtbaren Gutachten zur Verantwortung zu ziehen — unmöglich! Von Willkür zu sprechen ist verboten, denn immer haben sie nach „bestem Wissen und Gewissen“ gehandelt.

Es ist kaum zu glauben, daß es eines mehrjährigen Studiums bedarf, um solche gutachterlichen Ergüsse wie die von Dr. Hundt und Dr. Hamouz von sich zu geben. Wer wäre nicht auch ohne Doktor-Titel in der Lage, den entscheidenden Satz „Der Zustand des Patienten hat sich in keiner Weise geändert“ hinzunehmen und den Rest vom letzten Gutachten leicht verändert abzuschreiben. Die Hauptarbeit ist ja sowieso schon in den Landeskrankenhäusern geleistet worden. Danach besteht die Arbeit doch wirklich nur im Abschreiben und darin, weiterhin sämtliche Gefühlsregungen (in der Regel wohl Nicht-Regungen, weil der Patient unter dem Einfluß der Psychopharmaka zu kaum einer Regung noch fähig ist) als Ausdruck der Krankheit umzudeuten. Als einzige wirkliche Qualifikation muß man doch nur mitbringen, daß einem das Leben eines Menschen einen Dreck wert ist.“

Und:

Die Ascheberg-Connection

Zum Jahreswechsel 1976/77 befand sich Hennemeyer auf dem Höhepunkt seiner Macht. In sämtlichen Institutionen, die für St. Georg wichtig waren, saßen Hennemeyers Vertrauensleute. Vor 10 Jahren war er noch ein Niemand gewesen. Jetzt hatte er mehr zu sagen als mancher hohe Beamte. Zum 50. Geburtstag Anfang 1977 schlug ihn Oberstadtdirektor Meya beim Bundespräsidenten zur Verleihung des Bundesverdienstkreuzes vor.

Gerade war ein repräsentativer Verwaltungsbau an der Emscherstraße in Gelsenkirchen fertig geworden. Der Vereinsvorsitzende Buschmeier jedoch bedrängte den Chef, dem Verein auf dem Lande noch etwas Standesgemäßes einzurichten. Er wußte auch wo: in Ascheberg, wo er sein Jagdrevier hatte. Vorstandsmitglied Ferdinand Kortmann aus Ascheberg hatte da einen leerstehenden Bauernhof an der Hand. Man hätte auch sagen können, Buschmeier wollte unbedingt eine Luxusjagdhütte. Für 300000 DM wurde der Bauernhof erworben.

Patienten und Handwerker des Sozialwerks begannen, den Bauernhof nach bewährtem Muster umzubauen. Verwendet wurden grundsätzlich nur edelste Materialien. Es versteht sich, daß einfache Pfleger oder gar Patienten das Haus nach Fertigstellung nicht mehr betreten durften. Es wurde mit teuersten Orientteppichen, Gobelins, Ikonen und Heiligenstatuen (Stil-

richtung katholischer Luxus) ausgestattet. Zur Einweihung 1980 wurde der Kaviar von bester Beluga-Qualität gleich pfundweise geordert, lebende Hummer wurden eingeflogen, und selbstverständlich floß der Champagner in Strömen.

In Ascheberg verkehrten auch regelmäßig Landesdirektor Neseke und Landesrat Bruch, die sich bis dahin eher spröde gezeigt hatten. Nesekers Besuch eines Bundesligaspiels von Schalke auf Einladung von Wolters mit erlesenen Umtrunk und Imbiß im „blauen Salon“ des Parkstadions war die Ausnahme gewesen. Doch in der Ascheberger Absteige, die mit der typischen kotzfidelsten St.-Georgs-Scherzhaftigkeit Onkel Pauls Kotten zu Ehren des 1. Vorsitzenden Buschmeier benannt wurde, begannen sie regelmäßig zu verkehren. Der ganze CDU-Freundeskreis von Ferdinand Kortmann über den Ascheberger Gemeindefunktionär Bernhard Thyen bis zum Landesrat Erhard Bruch traf sich dort. Besonders Erhard Bruch, ein alter Freund des Vorsitzenden Buschmeier, der ja auch in der CDU war, wurde dort so intim, daß seine Frau zum Überwintern ihre Blumen im „Kotten“ abstellte.

Der größte Triumph für St. Georg war es, als der Vorstand der WstLB im Bauernhof tagte. Die Westdeutsche Landesbank, die dem Land Nordrhein-Westfalen, den beiden Landschaftsverbänden und den nordrhein-westfälischen Sparkassen gemeinsam gehört, ist seit jeher der größte Gläubiger von St. Georg. Auch Hennemeyer privat hatte 1971 beim Kauf des Hauses Breddestraße 39 Geld von der WstLB geliehen, die ihm außerdem ein Wertgutachten erstellte, nach dem das Haus 500000 DM wert war.

Bei der Einweihungsfeier 1980 kam es zum ersten offenen Krach zwischen Wolters und Hennemeyer. Inzwischen sitzen sie wieder gemeinsam auf der Anklagebank. Wir wissen aber: damit ist der Krimi von St. Georg noch längst nicht zu Ende.

Diese beiden Auszüge sind in doppelter Weise charakteristisch für dieses Buch. Zum einen ist es von Leuten verfaßt, die sich wirklich auskennen, die engagiert gearbeitet haben, nicht nur für das Buch. Es werden Hintergründe aufgezeigt und es wird, sehr begründet, angeklagt. Ein gesellschaftliches System in seinem humanen Wert erkennt man immer daran, wie es mit den „Schwachen“ umgeht, so sagte es einmal ein berühmter bürgerlicher Philosoph. In unserem Staat jedenfalls lautet die Bewertung: unmenschlich. Und das eben macht dieses Buch auch deutlich. Weshalb es sehr empfehlenswert ist. Und lehrreich für solche Leser, die vor ähnlichen, auch praktischen, Problemen stehen mögen.

Rückleuchte

Fest der Hiebe

Es war wieder mal Weihnachten. Mit viel Gefühl und deutscher Sinnesanwandlung. Und mit Kulturskandal. Da sollte doch tatsächlich an Heiligabend eine Geburt im Fernsehen gezeigt werden. So was Schweinisches möchte die rechte Volksseele a la Springer aber an Weihnachten nicht haben. Das stört das „Besinnliche“. Daß unsere Freunde, die Amis, zur selben Zeit Geschenke von 24cm Durchmesser im Libanon verteilen — das ist weit weg und stört bundesdeutsche Spießer sowieso nicht. Es ist ja das Fest der Liebe und jeder liebt jeden, am meisten sich selbst. Aber wehe, es dauert zu lange, der Raum ist zu eng, das Fernsehprogramm zu langweilig oder die Gans zu faserig. Dann wird schnell ein Fest der Hiebe daraus.

Jedenfalls 1983: Die Zahl der in Frauenhäuser geflüchteten Frauen sei, was NRW betrifft, an Weihnachten noch nie so hoch gewesen wie dieses Mal, so vermeldete es eine Agenturnachricht.

Obes anderswo anders war, sei einmal dahingestellt. Die Tatsache, daß gerade an Weihnachten vermehrt Frauen geschlagen werden, daß eine gesteigerte Zahl gewalttätiger Auseinandersetzungen in den Familien verzeichnet wird, zeigt nicht nur die besondere Unterdrückung der Frau in diesem System, sie zeigt auch die ganze Verlogenheit der Idyllenpropaganda, die die Herrschenden um ihr Weihnachten machen. Aber schließlich heißt es ja auch in der Bibel der dieses Fest stiftenden Religion, „das Weib sei dem Manne untertan“. Also vielleicht doch: Fest der Liebe und der Hiebe?

Das Projekt „Geburt im Fernsehen“ wurde in seiner ursprünglichen Form begraben. Springers Triumph für Weihnachten. Seine Lieblingspartei hat nun den Weg gefunden, die Flucht in die Frauenhäuser — nicht nur an Weihnachten — zu stoppen. Indem diese Häuser finanziell ausgetrocknet werden. Heile Familie wiederhergestellt. Heile Weihnachten gesichert. Besinnlichkeit überall.



Eine neue Stadtteilzeitung gibt die KPD in Köln heraus: „De Rude Kappes“ für Köln-Nippes. In ihrer zweiten Ausgabe, deren Titel wir hier im Faksimile wiedergeben, befaßt sich die Zeitung unter anderem mit der Lage der — überwiegend ausländischen — Beschäftigten bei der in Nippes liegenden Milchversorgung Rheinland (MVR) und wirbt für die Arbeit des Jugendzentrums Niehl, die von der Stadt Köln faktisch boykottiert wird. Artikel zur 35-Stunden-Woche und zur Bundestagsdebatte über die neuen Raketen runden diese zweite Ausgabe ab.

Das Wort der Woche



„Wer lebt von Diät und wird trotzdem immer fatter?“
- Blöder Witz, hi hi...“

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRAALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingerhof Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schillerstr. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Fr 17 - 19 Uhr

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 Frankfurt 60, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnestr. 13, Tel.: (0611) 491918.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Bücherbörse Karola Firzlaß, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 66 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo + Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.